



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ANDRÁSSY BEITRÄGE
der Fakultät für Internationale Beziehungen

Gabriella Bassu
Master Internationale Beziehungen

Die neuen sino-afrikanischen Beziehungen
Ein Verlustgeschäft für Afrika

Nr. 1

2012

Ziel

Die Andrassy Beiträge der Fakultät für Internationale Beziehungen dienen der stärkeren Verknüpfung von Lehre und Forschung. Sie bieten Forschern und Studierenden der Andrassy Universität die Möglichkeit, qualitativ hochstehende Arbeiten aus den Bereichen der Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Diplomatie zu publizieren und damit einem grösseren Fachpublikum zugänglich zu machen. Die Qualität der Beiträge wird vom Herausgeberkomitee sichergestellt.

Herausgeberkomitee

Prof. Dr. Ellen Bos
Prof. Dr. Martina Eckardt
Dr. Dr. Rolf Friedrich Krause
Prof. Dr. Dietmar Meyer
Prof. Dr. Stefan Okruch
Dr. Zoltán Tibor Pállinger

ISSN: 2063-9414

URL: <http://www.andrassyuni.eu/forschung/publikationen/andrassy-beitrage-der-fakultt-fur-internationale-beziehungen>

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Theoretischer Hintergrund chinesisch-afrikanischer Beziehungen	9
2.1. China: Realismus und Rational Choice	10
2.2. Afrika: Imperialismustheorie und formale Bedingungen des Entwicklungsstandes	12
3. Die Außenpolitik der Volksrepublik China	15
3.1. ‚Friedlicher Aufstieg‘ vs. Streben nach globaler Wirtschaftsmacht.....	15
3.2. Handlungsnormen auf internationaler Ebene.....	17
4. Die Afrikapolitik der VRCh	18
4.1. Historischer Hintergrund: Anknüpfung an existierende Verbindungen	18
4.2. Vertiefung der Zusammenarbeit.....	19
4.2.1. China-Afrika-Forum FOCAC	20
4.2.2. Weißbuch chinesischer Afrikapolitik	21
5. Hintergründe: wirtschaftliche Interessen Chinas	22
5.1. Grundlagen	23
5.2. Rohstoffimporte	23
5.3. Importstruktur Chinas aus Afrika	26
5.4. Exporte Chinas nach Afrika: Beispiel Textilien	27
5.5. Investitionen im Rohstoffsektor	29
6. Hintergründe: Politische Interessen Chinas	30
6.1. Afrika als Verbündeter in internationalen Foren	31
6.2. Unterstützung beim ‚Ein-China-Prinzip‘	33
7. Chinesische Entwicklungszusammenarbeit	34
7.1. Risiken.....	35
7.2.1. Fallbeispiel: Der ‚Angola-Mode‘ in Angola.....	39
7.2.2. Beurteilung: langfristiger Verlust für Angola	40

8. Wirkungen auf Partner in Afrika:	45
8.1. Die Eliteperspektive	45
8.1.1. Politikverständnis	46
8.1.2. Stützung von Korruption und Klientelismus durch chinesisches Engagement	47
8.1.3. Stärkung des afrikanischen Selbstverständnisses	49
8.1.4. Diversifikation außenpolitischer Partner gemäß innenpolitischer Interessen	51
8.2. Auswirkungen auf die Bevölkerung insgesamt	52
8.2.1. Negativfolgen chinesischer Menschenrechtsauffassung für Afrika.....	52
8.2.2. Blockade von ‚Good Governance‘: Beispiel NEPAD-Prozess	54
8.2.3. Chinesische Migration	57
9. Fallstudie Sambia: antichinesische Perzeption aufgrund von Migrationsproblemen und Menschenrechtsverletzungen	60
9.1. Bestandsaufnahme: Chinesische Investition und chinesische Migranten in Sambia	60
9.2. Chinesische Präsenz als Wahlkampfthema der Präsidentschaftswahlen 2006	62
9.3. Die aktuelle Form chinesischer Präsenz in Sambia: Investitionen, Arbeitsschutz und Menschenrechte	63
10. Fazit	66
11. Literaturverzeichnis	70
11.1. Printpublikationen	70
11.2. Internetpublikationen	71

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Top importers Mineral fuels, oils, destillation products.....	24
Abbildung 2: Chinas Afrikanische Handelspartner im Erdölsektor.....	25
Abbildung 3: Struktur der Importe Chinas (VRCh) aus Afrika 2006.....	26
Abbildung 4: ‚Der Angola Mode‘.....	37
Abbildung 5: Erdölimporte Chinas aus Angola.....	42

Abkürzungsverzeichnis

ADB	African Development Bank
AU	African Union
AFRICOM	Africa Command
CDB	China Development Bank
CNPC	China National Petroleum Cooperation
CNOOC	China National Offshore Oil Cooperation
CPECC	China Petroleum Engineering and Construction Co.
CSR	Corporate Social Responsibility
EITI	Extractive Energy Transparency Index
EXIM Bank	China Export-Import Bank
FDI	Foreign Direct Investment
FOCAC	Forum on Chinese African Cooperation
GDP	Gross Domestic Product
IMF	International Monetary Fund
KP Ch	Kommunistische Partei der Volksrepublik China
KPCS	Kimberley Process Certification Scheme
LDC	Least developed Countries
MMC	Movement for Multiparty Democracy
MOFCOM	Ministry of Commerce
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
NEPAD	The New Partnership for Africa's Development
SINOPEC	China Petroleum & Chemical Corporation
Sonangol	Sociedade Nacional de Combustíveis de Angola
UDA	United Democratic Alliance
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
VRCh	Volksrepublik China
WTO	World Trade Organisation

1. Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Volksrepublik China (VRCh)¹ als maßgeblicher Akteur auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere südlich der Sahara, etabliert. Diese Verflechtung ist sowohl in ökonomischer als auch politischer Sicht zu verstehen. China ist heute nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Afrikas, mit einem Handelsvolumen von 74 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007.² Diese ökonomische Expansion der Volksrepublik wird von verschiedenen Initiativen auf politischer Ebene begleitet. Dabei gestaltet China seine Beziehungen zu Afrika in einer Art ‚Tauschsystem‘, in dem Handelsprivilegien und Entwicklungshilfegelder im Gegenzug für langfristige politische Treue in Aussicht gestellt werden.³ Obwohl die Industrieländer des Westens die ökonomischen Hauptpartner Afrikas bleiben werden, gewinnt China deshalb zunehmend an Einfluss auf dem Kontinent.⁴

Auch wenn andere Schwellenländer wie Indien, Brasilien, Malaysia und Südkorea den Kontinent ebenfalls als Objekt ihrer Interessen zu entdecken beginnen⁵, wird hauptsächlich das chinesische Engagement von Europa und den USA kritisch betrachtet. Bis zum Eintritt Chinas prägten die Akteure USA, Frankreich und Großbritannien aufgrund ihrer spezifischen strategischen Interessen die Region seit der Unabhängigkeit von der kolonialen Herrschaft.⁶ Die USA institutionalisierten ihre sicherheitspolitischen Interessen in der Region mit dem Afrikakommando (AFRICOM).⁷ Die Europäische Union beobachtet zwar wachsam das Engagement Chinas in Afrika, hat selbst aber sicherheitspolitische Interessen⁸, im Rahmen derer Afrika nicht den Status eines Partners auf Augenhöhe einnimmt.⁹ China hingegen bietet Afrika augenscheinlich eine strategische Partnerschaft auf gleichberechtigter Ebene an, was als besonderer Anreiz für Afrika gilt.¹⁰ Die internationale Gemeinschaft verfolgt deshalb diese neue Partnerschaft kritisch, insbesondere hinsichtlich der innen- und außenpolitischen Folgen für die afrikanischen Staaten. Die Verflechtungen, die diese sino-afrikanische Zusammenarbeit mit sich bringt, rührt aus innen- und

¹ Im Folgenden wird der Name ‚China‘ äquivalent für VRCh verwendet.

² Vgl. Taylor (2009), S. 1.

³ Vgl. Berger, Bernt (2009), S. 2.

⁴ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 10.

⁵ Vgl. Burgis/Wallis (2010), S. 1.

⁶ Vgl. Tull (2007), S. 4.

⁷ Vgl. Gänzle, (2009), S. 1.

⁸ Hierbei handelt es sich konkret um Anstrengungen gegen Terrorismus und die Bedrohung durch „failed states“ und Bürgerkriege. Vgl. Tull (2010), S. 4.

⁹ Vgl. Tull, (2008), S. 10.

¹⁰ Vgl. Ajakaiye (2006), S. 2.

außenpolitischen, sowie wirtschaftlichen Interessen seitens der VRCh. Für afrikanische Staaten bietet sich im Gegenzug China als alternativer Handelspartner zu westlichen Staaten an: Chinas Bestehen auf der Verteidigung staatlicher Souveränität ist dabei insbesondere für nicht-demokratische Regime attraktiv, da China seine Zusammenarbeit nicht an innenpolitische Bedingungen knüpft.¹¹ Chinas Missachtung internationaler und afrikanischer Standards hinsichtlich Korruptionsbekämpfung, Menschenrechten und Arbeitsbedingungen sind weitere Ansatzpunkte der Kritik.¹²

Dementsprechend werden die bisherigen Anstrengungen traditioneller externer Partner Afrikas, ‚Good Governance‘¹³, Demokratisierung und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, als gefährdet gesehen.¹⁴ Auch in der Entwicklungspolitik tun sich Widersprüche auf: Afrika nutzt zunehmend westliche Gelder für die Realisierung von Projekten mit China, zudem wird, nachdem Schuldenerlasse erfolgten, eine erneute Verschuldung der Region aufgrund der Abhängigkeit von chinesischen Krediten befürchtet.¹⁵ Ein weiterer Kritikpunkt ist der asymmetrische Charakter der ökonomischen Partnerschaft: China importiert Rohstoffe aus Afrika und überschwemmt gleichzeitig den afrikanischen Markt mit billigen Waren – eine ungleichgewichtige Austauschbeziehung, die tatsächlich Züge der ehemaligen Kolonialherrschaft trägt. Ein Ereignis rückte die Partnerschaft in den Blick der internationale Wahrnehmung: Das Gipfeltreffen des ‚Forum on China-Africa Cooperation‘ (FOCAC) in Beijing, China, im November 2006, der Höhepunkt des sogenannten ‚Afrikajahres‘.¹⁶ Die Grundlage der Treffen war ein Weißbuch der chinesischen Regierung aus dem Jahre 2006 mit dem Titel ‚China’s Africa Policy‘.

Aufgrund dieser Überlegungen geht die folgende Arbeit deshalb von der Fragestellung aus, inwiefern die sino-afrikanischen Verflechtungen sich auf die ökonomische und politische Entwicklung afrikanischer Staaten auswirkt: ist tatsächlich von einer win-win-Situation auszugehen, wie es die chinesische Seite verspricht: ‚(...) a new type of strategic partnership with

¹¹ Vgl. Tull (2005), S. 6.

¹² Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 11.

¹³ Dieses normative Konzept steht für einen Anforderungskatalog an gute Regierungsführung. Vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis (2007), S. 9.

¹⁴ Vgl. Tull (2005), S. 6.

¹⁵ Vgl. Tull, (2005), S. 5.

¹⁶ Vgl. Taylor (2009), S. 1.

Africa, featuring political equality and mutual trust, economic win-win cooperation (...),¹⁷ oder zeigt sich der Austausch in langfristiger Perspektive im Gegensatz dazu eher als eine verlustreiche Konstellation zu Schaden der Afrikaner?

In dauerhafter Perspektive ist diese Entwicklung größtenteils deshalb als negativ für die afrikanischen Partner zu sehen, da innenpolitische, meist autoritäre Strukturen, Korruption und ‚Bad Governance‘ gestärkt werden und gleichzeitig eine ökonomische Abhängigkeit zu China entsteht. Dabei ist die Unterscheidung zwischen der politischen Elite und der breiten Bevölkerung in den betroffenen Staaten entscheidend: Für erstere ergeben sich nämlich tatsächlich kurzfristige Profitchancen, während die zweite Gruppe mit den oben genannten Negativfolgen belastet ist.

Als Einstieg in die Analyse erfolgt zunächst eine Darstellung der Hintergründe und Leitlinien der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitikstrategie, deren Kernpunkte auch das Verhältnis zu afrikanischen Staaten bestimmen. Darauf aufbauend schließt sich eine Verortung chinesischer Ziele und Interessen in den Bereichen Wirtschaft und internationaler Politik an. Anschließend sollen die negativen Folgen der Zusammenarbeit für Afrika dargelegt werden, beginnend mit der risikoreichen Verknüpfung von Entwicklungshilfe mit wirtschaftlichen Interessen, die sich in einem bestimmten Konzept, dem ‚Angola Mode‘ manifestiert. Darauf folgt die Perzeption afrikanischer Eliten, für die sich Gewinnchancen eröffnen. Als Gegenposition dazu sollen die Negativwirkungen für die breite Bevölkerung stehen und am Fallbeispiel Sambias näher betrachtet werden.

2. Theoretischer Hintergrund chinesisch-afrikanischer Beziehungen

Die Beziehungen zwischen China und Afrika lassen sich vor dem Hintergrund verschiedener Theorien der Internationalen Beziehungen erklären. Keine dieser Theoriestränge hat alleine das Potenzial diese Beziehungen zu erklären, deshalb erscheinen hier verschiedene Ansätze, die bestimmte Aspekte aus unterschiedlichen Perspektiven heraus analysieren.

¹⁷ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

2.1. China: Realismus und Rational Choice

Für China steht die Verwirklichung wirtschaftlicher und politischer Interessen in Afrika zur Disposition. Außerdem geht es, besonders bezüglich der politischen Interessen, auch um die Umsetzung eines Machtanspruchs in der internationalen Politik. Da hier also Interessenverwirklichung, Machtstreben und Rationalität handlungsbestimmend sind, liefern Realismus, Neorealismus und die Rational Choice Theorie für die chinesische Perzeption geeignete Erklärungsansätze.

Einige Annahmen des Realismus nach Hans Morgenthau decken sich mit den Voraussetzungen und Leitlinien chinesischen Handelns in Afrika. Nach realistischer Sichtweise sind Staaten die handelnden Akteure in den internationalen Beziehungen, genauso definiert China Staaten als die einzigen Akteure internationaler Politik.¹⁸ Handlung ist laut realistischer Annahmen in jeder Situation vom eigenen, nationalen Interesse geprägt.¹⁹ Bei China ist das Hauptinteresse auswärtigen Agierens die Stärkung und das Wachstum der eigenen Wirtschaft, was sich in dem Ziel der Verwirklichung wirtschaftlicher Interessen in Afrika niederschlägt.²⁰ Damit deckt sich das realistische Konzept eines einheitlichen, nationalen Interesses, das von der führenden Elite definiert wird, zur chinesischen Perzeption der Gesellschaft als Kollektiv. Weder globale Werte und Normen, noch Moral stellen Handlungsparameter des Realismus dar, was sich in der Konzeption der Handlungsnormen Chinas, der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, niederschlägt.²¹

Neben Interessen ist im Realismus Macht ein bestimmendes Phänomen der internationalen Beziehungen. Macht ist dabei die Fähigkeit, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen und wirkt demnach als Motor der Durchsetzung der eigenen Interessen. Hat ein Staat Macht, kann er damit seinen Status in der Staatenwelt ausdrücken.²² Dies wird bei der chinesischen Perzeption sino-afrikanischer Beziehungen mit dem Ziel der Durchsetzung politischer Interessen im Rahmen der internationalen Beziehungen deutlich. Wie die folgende Arbeit zeigen wird, manifestiert sich jenes Machtstreben konkret in der Suche nach afrikanischen Verbündeten für internationale Foren und

¹⁸ Vgl. Lynch (2007), S. 701

¹⁹ Vgl. Hartmann (2009), S. 23.

²⁰ Vgl. Taylor (2009), S. 2.

²¹ Vgl. Hartmann (2009), S. 22.

²² Vgl. Hartmann (2009), S. 23.

der Demonstration des eigenen Status' als Großmacht durch die Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent.

Auch der Neorealismus bietet passende Erklärungsansätze für chinesisches Handeln: Das internationale System wird dabei als Ergebnis der Handlung von Staaten zur Herstellung der äußeren Sicherheit wahrgenommen.²³ Auch für China sind Sicherheit und Stabilität maßgebliche Handlungsparameter, allerdings richten sich diese nicht nach außen, sondern sind auf eine innere Stabilität fokussiert.²⁴ Entsprechende Überlegungen bietet hier die neorealistische Analogie der Politik zum mikroökonomischen Marktprinzip, dessen Motor das Eigeninteresse der Akteure in einem anarchischen und von Macht bestimmten Umfeld ist. Dabei gibt es keine übergeordnete Autorität, der Staat allein ist handelnder Akteur.²⁵ Diese Prämissen finden sich auch in China wieder, das sich, etwa durch seine Vetoposition im UN-Sicherheitsrat, keiner übergeordneten Autorität fügt, und grundsätzlich seine eigenen Interessen als Handlungsmaßstab nutzt. Kooperation ist deshalb nur dann möglich, solange sie der Verwirklichung chinesischer Interessen dient. Das internationale System der Neorealisten basiert grundsätzlich auf Gleichgewicht, deswegen sind die handelnden Akteure an einem Ausbalancieren des mächtigsten Staates interessiert: Diese Sichtweise erklärt einerseits die westliche Kritik an Chinas Präsenz in Afrika, da dessen Aufstieg zur Großmacht vor der Prämisse eines balancierten internationalen Systems kritisch beäugt wird. Andererseits kann das chinesische Engagement in Afrika unter diesen Vorzeichen auch als Machtdemonstration gegenüber den bisherigen bestimmenden Mächten – den USA und Europa - gedeutet werden. Erklärungsgehalt für chinesisches Handeln bietet außerdem das ‚second image‘, in dem Außenpolitik als Funktion innenpolitischer Ziele verstanden wird.²⁶

Ähnlich wie realistische und neorealistische Ansätze hebt auch die Rational Choice Theorie die Verwirklichung von Interessen in den Vordergrund. Zwei oder mehrere Spieler, die rational handeln, werden in eine hypothetische Spielsituation versetzt, in der sie entweder gewinnen oder verlieren können. Beide Akteure sind auf den eigenen Vorteil bedacht. Finden die Spieler durch rationales Verhandeln eine Lösung, so kann der relativ am wenigsten Begünstigte mehr gewinnen,

²³ Vgl. Hartmann (2009), S. 29.

²⁴ Vgl. Taylor (2009), S. 2.

²⁵ Vgl. Hartmann (2009), S. 29.

²⁶ Vgl. Hartmann (2009), S. 29.

als wenn es zu keiner Einigung kommt.²⁷ Zu diesem Ziel, den individuell größten Profit zu erwirtschaften, passt das chinesische Angebot einer win-win-Partnerschaft für Afrika.

2.2. Afrika: Imperialismustheorie und formale Bedingungen des Entwicklungsstandes

Für die afrikanische Wahrnehmung der Zusammenarbeit ist meist der eigene Status als Entwicklungsland in ökonomischer und politischer Hinsicht wichtig. Der Entwicklungsrückstand Afrikas schlägt sich in verschiedenen Paradoxien, die den Kontinent prägen, nieder. Deren Ursachen sind in formal-kategorische Faktoren eingeteilt. Dabei wird das Augenmerk sowohl auf innere Bedingungen als auch auf die Außenwirkungen gelegt. Beides ist im Kontext von Chinas Auftreten von Bedeutung.

Des Weiteren ist die Unterscheidung zwischen der betroffenen Bevölkerungsmasse und den Regierungseliten relevant. Beides wird von der Imperialismustheorie, die mit dem Modell der Weltgesellschaft und dem marxistischen Ansatz verhaftet ist, behandelt.²⁸ Die Imperialismustheorie analysiert die Gegensätze zwischen Wohlfahrtsgesellschaft und Entwicklungsländern, und stellt dabei die Ökonomie in den Mittelpunkt.²⁹ Ihren Höhepunkt hatte sie in den 1960er und 1970er Jahren, als durch die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kolonien deren Unterdrückung durch die aufstrebenden Industriegesellschaften im Blickpunkt des Interesses waren. Deshalb geht die Imperialismustheorie von einer Herrschaft des Nordens über den Süden in Form einer internationalen Arbeitsteilung aus.³⁰ Obwohl bei dieser Theorie nicht Staaten, sondern Metropolen und multinationale Konzerne die handelnden Akteure darstellen, lässt sie sich auf die Beziehungen zwischen Afrika und China anwenden. Der Import von Rohstoffen aus Afrika nach China, verbunden mit dem Export billiger Produkte, die den afrikanischen Markt zerstören, charakterisiert die Beziehung und findet seine Entsprechung in der Imperialismustheorie. So ist es zwar nicht der Norden der den Süden beherrscht, sondern es entspricht einer neuen Abhängigkeitssituation durch das Handeln des Schwellenlandes Chinas.

²⁷ Vgl. Hartmann (2009), S. 59.

²⁸ Vgl. Hartmann (2009), S. 42.

²⁹ Vgl. Hartmann (2009), S. 42.

³⁰ Vgl. Hartmann (2009), S. 43.

Wie auch in Afrika, wo, in der Regel die herrschende Klasse von der Zusammenarbeit mit China profitiert, geht auch die Imperialismustheorie davon aus, dass diese Regierungselite die internationale Arbeitsteilung zu Lasten der eigenen Bevölkerung solange akzeptieren wird, wie sie selbst einen Vorteil daraus schöpfen kann.³¹

Eine grundsätzliche Frage, die auch die Perspektiven des chinesischen Einflusses in Afrika berührt ist die, warum es auch nach Beendigung der Kolonialherrschaft nicht spürbar gelungen ist, Armut und Unterentwicklung zu überwinden. Drei für Afrika typische Paradoxien skizzieren die Problematik deutlicher. Das erste ist das Hilfeparadoxon, das auf den Gegensatz abzielt, dass in Afrika die größte Anzahl absoluter armer Staaten weltweit existiert, während es die höchste pro-Kopf- Entwicklungshilfe weltweit erhält. Das zweite ist das Rohstoffparadox, das sich auf die ausländischen Schulden Afrikas und dessen Marginalisierung im Welthandel im Gegensatz zur großangelegten Förderung und Produktion von Rohstoffen bezieht. Die technische Unterentwicklung der Landwirtschaft ist der Grund für den Importzwang von Agrargütern, obwohl die Produktionsstruktur der Mehrheit der Länder eigentlich auf Agrarwirtschaft ausgerichtet ist. Damit ergibt sich das Landwirtschaftsparadox.³² Die Ursache für diese Paradoxien sind endogene, also innerafrikanische Faktoren, ferner exogene Faktoren, wie etwa die Bedingungen des globalen Austausches an Handelsgütern und nicht zuletzt strukturelle Faktoren. Besonders die endogenen Faktoren sind für die sino-afrikanischen Beziehungen wichtig, da sie all jene politischen Entscheidungen umfassen, die im Land selbst unter Abwägung verschiedener Handlungsalternativen zustande gekommen sind. Das Beziehungsgeflecht entsteht genau auf dieser Eliteebene und wird deshalb auch von der Struktur dieses Elitesystems geprägt.³³ So gelten Demokratiedefizite der politischen Eliten als Entwicklungshemmnis für Afrika und andere Entwicklungsregionen, die politischen und ökonomischen Versäumnisse afrikanischer Staaten werden oft den Defiziten der politischen Eliten angelastet. Fehlende Effektivität, Neopatrimonialismus³⁴ und das Fehlen einer politischen Kultur bilden den Hintergrund dieser Annahmen.³⁵ Bei den exogenen Faktoren sind es hauptsächlich die Weltmarktpreise der Import- und Exportgüter, die für die Rohstoffe exportierenden Staaten Afrikas besonders wichtig sind.

³¹ Vgl. Hartmann (2009), S. 43.

³² Vgl. Tetzlaff/Jakobeit (2005), S. 26.

³³ Vgl. Tetzlaff/Jakobeit (2005), S. 27.

³⁴ Neopatrimonialismus ist eine Mischform aus Partimonialismus und legal legitimer Herrschaft; Autorität wird kraft Person und durch Unterstützung mittels eines Verwaltungs- oder Militärstabes ausgeübt. Die Kennzeichen sind Willkür, persönliche Ordnung, und Unberechenbarkeit. Vgl. Hofmeier, R./Mehler, A. (2004), S. 213.

³⁵ Vgl. Basedau (2003), S. 236.

Diese Problematik betrifft auch sino-afrikanischen Beziehungen, deren Dreh- und Angelpunkt der Rohstoffhandel ist.

Afrika ist somit hauptsächlich in wirtschaftlicher Hinsicht in die internationalen Beziehungen eingebunden. Grundsätzlich bestimmt der Primat der Sicherung der fragilen Systeme in innenpolitischer Hinsicht auch das außenpolitische Handeln und erfordert von den Regierenden, die politische Aktivität auf den Regimeerhalt zu konzentrieren. Nur wenige afrikanische Staaten sind zu dem in das realistische Theoriebild integrierte Konzept der Selbsthilfe aufgrund fehlender, großer Militärapparate fähig, auch deswegen geht es bei innerafrikanischen Staatenbeziehungen meist um die Aufrechterhaltung des Status Quo.³⁶

Zwar geht es auch in Afrika um die Verwirklichung von Interessen, allerdings sind diese keineswegs – wie unter den Vorzeichen des Realismus – kollektiver Art, sondern zielen auf die Bereicherung der politischen Elite ab.³⁷ Dementsprechend gestalten sich auch die Außenbeziehungen zu China: Die Investitionen in den Energie- und Rohstoffsektor, der in der Regel im Machtbereich der Eliten liegt, bietet gemäß der Rational-Choice-Theorie Gewinnchancen für die Elite.

Der Primat der innenpolitischen Stabilität Afrikas erfordert gleichzeitig einen Blick auf die inneren Gegebenheiten der Mehrheit der Staaten: Trotz einer Demokratisierungswelle wird eine große Zahl von Staaten immer noch autoritär regiert. Im Wesentlichen ist diese Regierungsform durch drei Merkmale gekennzeichnet: einen begrenzten Pluralismus, einer fehlende umfassende Ideologie und einer begrenzten Mobilisierung. Zur Konstituierung autoritärer Regime haben in Afrika verschiedene Faktoren geführt, von denen im Rahmen des Themas folgende relevant sind: die Legitimation des Autoritarismus aufgrund der notwendigen gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung des Entwicklungsrückstandes und die gleichzeitige extreme Personalisierung von Herrschaftsausübung, die Klientelismus und Neopatrimonialismus fördert. Letztere sind besonders bezüglich der Rohstoffe als Gegenstand des sino-afrikanischen Austausches wichtig, da deren Erträge innerhalb genau dieser Systeme verteilt werden.³⁸

³⁶ Vgl. Hartmann (2009), S. 180.

³⁷ Vgl. Hartmann (2009), S. 175.

³⁸ Vgl. Illy (2002), S. 11.

Trotzdem gibt es inner- und transafrikanische Kooperationsmechanismen. Diese entsprechen dem Phänomen der internationalen Zusammenarbeit abseits des Machtkampfes der Staaten, in denen staatliche Handlungsfähigkeit von der Kooperation mit anderen Staaten abhängt. Der Grund für diese Zusammenarbeit ist nach Ansicht der Neoliberalen im innenpolitischen Versagen der Staaten zu sehen.³⁹ Beispiele hierfür sind die AU (=African Union) als Regionalorganisation und innerhalb derer der NEPAD (=New Partnership for Africa's Development) - Prozess. Da China aber bilaterale Zusammenarbeit gegenüber multipolaren Konstruktionen vorsieht, ist auch hier die Gefahr eines Rückschritts von den bisherigen Errungenschaften der Kooperation möglich.

3. Die Außenpolitik der Volksrepublik China

Ein Motor für Chinas Handeln auf dem Afrikanischen Kontinent ergibt sich aus seinen spezifischen außenpolitischen Strategien, die zum einen historisch bedingt sind, andererseits auch mit den innenpolitischen Zielsetzungen in Verbindung stehen – nämlich dem gesellschaftlichen Wohlstand im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung. Auch die gegenwärtige Position Chinas auf der Bühne der internationalen Politik ist ein Handlungsfaktor.

3.1. ‚Friedlicher Aufstieg‘ vs. Streben nach globaler Wirtschaftsmacht

Sicherheit nach innen und außen sowie politische Legitimität sind eng mit wirtschaftlichem Erfolg und ökonomischem Wohlstand verknüpft. Folglich ist es eines der Schlüsselziele der KP Ch, Chinas Modernisierung fortzusetzen um so gesellschaftliche und soziale Stabilität zu gewährleisten.⁴⁰

Damit ist - laut offizieller Rhetorik – die Zielsetzung dieses Aufstiegs auf innerstaatlichen Wohlstand gerichtet. Nicht beabsichtigt sei hingegen die Beanspruchung des Status als globale Wirtschaftsmacht. Dem widerspricht allerdings die Strategie ‚go global‘. Chinas auswärtige Politik ist vom realistischen Paradigma des Gleichgewichts der Mächte bestimmt. Deshalb zielte

³⁹ Vgl. Hartmann (2009), S. 51.

⁴⁰ Vgl. Taylor (2009), S. 2.

chinesische Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges auch darauf ab, die Supermacht USA durch multipolare, oft flexible Koalitionen auszubalancieren, denn „(...) competition between states is based on strength.“⁴¹ Entwicklung und Modernisierung sind deshalb das Grundprinzip jeden Handelns, um diese international kompetitive Stärke zu erreichen.⁴² Trotz dieses expliziten Machtanspruches wird der gegenwärtige Prozess als ‚Chinas friedlicher Aufstieg‘⁴³ bezeichnet, auch um die in der internationalen Gemeinschaft mit dem chinesischen Aufstieg verknüpften Befürchtungen zu zerstreuen: „What is (...) peaceful development? It is to foster a peaceful international environment to develop itself (...). Taking the path of peaceful development is an initiative that has both external and domestic dimensions.“⁴⁴ Damit soll der eigene Status als Schwellenland sowie der Wille, sich in kooperative Wirtschafts- und Politikzusammenhänge einzubinden, betont werden.

Die Strategie ‚go global‘ zielt hingegen auf ein verstärktes Engagement chinesischer Wirtschaftsträger im Ausland ab und nimmt der Beschwichtigungsstrategie des ‚peaceful rise‘ Schubkraft. Chinesische Unternehmen werden in diesem Zusammenhang auf verschiedene Weise zu Aktivität im Ausland veranlasst.⁴⁵ Für diesen Widerspruch steht ebenso das chinesische Selbstverständnis als ‚Reich der Mitte‘, das sich durch die umfassende wirtschaftliche Modernisierung seit 1978 wieder die Position als führende Macht in Weltpolitik und Wirtschaft zurückerobern will. Dieses Bestreben fußt nicht zuletzt auf den historischen Traumata westlicher Überlegenheit und Unterdrückung im 19. Jahrhundert.⁴⁶

⁴¹ Jiabao, (2007), S. 2.

⁴² Vgl. Jiabao, (2007), S. 2.

⁴³ Dieser Begriff des ‚peaceful rise‘ wurde erstmals im Jahr 2003 von Zheng Bijian, Berater der chinesischen Regierung und Vorsitzender des ‚China Reform Forum‘, einem chinesischen think-tank, geprägt und in der Folge von Regierungsvertretern weiter verwendet. Vgl. Taylor (2009), S. 4.

⁴⁴ Jiabao, (2007), S. 2.

⁴⁵ Vgl. Taylor (2009), S. 4.

⁴⁶ Vgl. Heilmann (2005): Kurze Geschichte Chinas, S. 1.

3.2. Handlungsnormen auf internationaler Ebene

Für diese und alle anderen Außenbeziehungen sind die ‚fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz‘ prägend: Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, und friedliche Koexistenz.⁴⁷ 1954 hatten China und Indien diese Normen formuliert,⁴⁸ welche als Handlungsnormen für die Beziehungen zu anderen Staaten gelten sollten. 1955, auf der Konferenz von Bandung, Indonesien, weitete sich der Geltungs- und Akzeptanzbereich der Prinzipien auf weitere 23 asiatische und sechs afrikanische Staaten aus.⁴⁹

Die Grundprinzipien Chinas Handeln auf internationaler Ebene beinhalten Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Einheit, letzteres abzielend auf die Einheit mit Taiwan.⁵⁰ Gleichzeitig hält die Außenpolitik an der Leitlinie, nicht in interne Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen, fest: Ein Prinzip, das insbesondere die Beziehungen mit autoritären Regimen in Afrika möglich macht.⁵¹ Gemäß der Theorie des Realismus' sind für China Staaten die einzigen Akteure internationaler Politik. Grundlegend für chinesische Außenpolitik ist deshalb ihre Ablehnung einer globalen Kultur abseits des Handelns von Staaten, woraus sich auch die ablehnende Haltung Chinas gegenüber der Geltung universeller Menschenrechte ergibt. Der wirtschaftliche Erfolg Chinas und der damit verbundene Aufstieg zu einem bedeutenden Akteur in der internationalen Politik wird ferner als Bestätigung der chinesischen Definitionen von Normen wie Demokratie und Menschenrechte gewertet.⁵² Für China steht bezüglich seiner Außenbeziehungen die wirtschaftliche Rason im Zentrum des Handelns. Aus diesem Pragmatismus speisen sich auch die Beziehungen zu Afrika, die von Investitionen in Rohstoff- und Energiequellen geprägt sind und nicht von Anforderungen an normorientierte Innenpolitik der afrikanischen Partner.⁵³

⁴⁷ Vgl. Friedrich (2005), S. 4.

⁴⁸ Indien zielte nach seiner Unabhängigkeit von Großbritannien auf die Weiterführung dessen Ansprüche in Tibet ab. Gleiches forderte China für sich, mit der Festlegung der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz konnte China sich schließlich durchsetzen. Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, S. 1.

⁴⁹ Vgl. Friedrich (2005), S. 4.

⁵⁰ Vgl. Jiabao, (2007), S. 3.

⁵¹ Vgl. Jiabao (2007), S. 3.

⁵² Vgl. Lynch (2007), S. 701.

⁵³ Vgl. Hartmann (2009), S. 141.

4. Die Afrikapolitik der VRCh

Die chinesische Afrikapolitik knüpft an historisch existierende Verbindungen an, die für die afrikanische Seite vertrauensbildend wirken sollen. Des Weiteren orientiert sie sich an den grundsätzlichen Leitlinien chinesischer Außenpolitik. Chinesische Afrikapolitik erfuhr ab 2006 im Rahmen regelmäßiger Treffen durch das FOCAC eine Vertiefung und eine strategische Interessendefinition in einem Strategiepapier, dem Weißbuch ‚Chinas Africa Policy‘.

4.1. Historischer Hintergrund: Anknüpfung an existierende Verbindungen

Auch wenn die chinesisch-afrikanische Verbindung erst in den vergangenen zehn Jahren in den Blickpunkt des Interesses geriet, gibt es bereits seit weitaus längerer Zeit Verknüpfungen zwischen der VRCh und dem afrikanischen Kontinent. Ausgehend von den ‚fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz‘ definierte China in den 60er Jahren seine Beziehungen zu Afrika mit den ‚fünf Prinzipien der Nichteinmischung‘. Diese beinhalteten die chinesische Unterstützung für folgende Themen: die Unterstützung im Kampf Afrikas gegen alte und neue Formen des Kolonialismus, eine Politik des Friedens, der Neutralität und Blockfreiheit, die eigenständige Entscheidung über die Gestaltung staatlicher Einheit und friedlicher Konfliktlösung und die Hochhaltung afrikanischer Souveränität und Ablehnung externer Einmischung.⁵⁴ Im Weißbuch zur chinesischen Afrikapolitik verweist die chinesische Rhetorik bereits auf gemeinsame Erfahrungen und die Konstanz der beidseitigen Zusammenarbeit: „Sharing similar historical experience, China and Africa have all along sympathized with and supported each other in the struggle for national liberation and forged a profound partnership.“⁵⁵ Die beidseitigen Verbindungen haben ihren Ursprung in der Bandung-Konferenz, auf der afrikanische und asiatische Staaten sich als blockfrei erklärten, von chinesischer Seite die Prinzipien friedlicher Koexistenz bekräftigt wurden und wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit beschlossen wurde.⁵⁶ Eine wichtige Rolle für spätere Unterstützung spielte auch die positive Haltung der Afrikaner 1971, als die VRCh Taiwans Sitz im UN-Sicherheitsrat erlangte.⁵⁷ In den sechziger Jahren erfolgten Reisen der chinesischen

⁵⁴ Vgl. Berger/Wissenbach (2007), S. 6.

⁵⁵ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 1.

⁵⁶ Vgl. Foster/ Butterfield/Chen/ Pushak (2008), S. 4.

⁵⁷ Vgl. Perret (2006), S. 2.

Führungselite auf den Kontinent und Entwicklungsunterstützung mit einem starken Fokus auf Infrastrukturausbau.

1965 war die VRCh bereits von 15 afrikanische Staaten anerkannt worden. Dies ist letztlich das Ergebnis einer strategischen Wendung zum afrikanischen Kontinent aufgrund einer drohenden internationalen Isolation durch die USA.⁵⁸ Bis in die 70er Jahre bestand ebenfalls eine ideologische Motivation, welche sich in der chinesischen Unterstützung der sogenannten nationalen Befreiungsarmeen zeigte. Im Laufe des sozialistischen Modernisierungsprogrammes unter Deng Xiaoping schwand Chinas Interesse für Afrika aufgrund dessen weitgehender Unfähigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung und daraus resultierenden Nutzlosigkeit für Chinas Modernisierungsbestrebungen.⁵⁹

4.2. Vertiefung der Zusammenarbeit

Der Antrieb für eine verstärkte Kooperation zwischen China und Afrika entstand auf chinesische Initiative hin. Sie begann im Jahr 2000 mit der ersten Ministerkonferenz im Rahmen des FOCAC: 80 Minister aus 44 afrikanischen Ländern traten mit der Aussicht auf eine afrikanisch-chinesische Zusammenarbeit, die ökonomische Interessen und ein bessere Positionierung in der Globalisierung und damit auch in der Nord-Süd-Beziehungen sichern sollte, mit Vertretern der chinesischen Regierung zusammen.⁶⁰ Die Rahmenbedingungen und somit auch die Interessenlage Chinas in Afrika sind in einer neuen strategischen Partnerschaft, dem Weißbuch ‚Chinas African Policy‘ zusammengefasst.

⁵⁸ Vgl. Friedrich, (2005), S. 4.

⁵⁹ Vgl. Taylor (2009), S. 14.

⁶⁰ Vgl. Taylor (2009), S. 16

4.2.1. China-Afrika-Forum FOCAC

Durch das FOCAC wurde die chinesisch-afrikanische Partnerschaft institutionalisiert, deren Basis ein Weißbuch der chinesischen Regierung ist und dessen Inhalt die für beide Seiten fruchtbringende Zusammenarbeit auf ein neues Level bringen soll, vertieft. „By this African Policy Paper the Chinese Government wishes to present the world the objectives of China's Policy towards Africa (...) bringing the mutually-beneficial cooperation to a new stage.“⁶¹ Eine weites Set an Aktionsplänen wurde auf die einzelnen Staaten zugeschnitten.⁶² In die gleiche Richtung weist ebenso die Betonung Chinas, eine Partnerschaft, die auf beidseitigem Profit basiere, aufzubauen, gepaart mit Entwicklungshilfeplänen, dem Verweis auf historisch bedingte Solidarität und der Betonung einer gemeinsamen, friedlichen Entwicklung.⁶³ Damit geht der Vorwurf Chinas einher, Ziel des Westens sei es, mittels liberalem Kapitalismus' und seinem Bestehen auf die Einhaltung der Menschenrechte China und andere Entwicklungsländer in neoimperialistischer Weise zu unterlaufen.⁶⁴

In Folge wurde die Zusammenarbeit durch weitere Konferenzen in Addis Abbaba, Äthiopien, im Jahr 2003 und im Jahre 2006 in Beijing, auf der ein drei-Jahres-Aktionsplan verabschiedet wurde⁶⁵, und einem weiteren Gipfel in Sharm-El-Sheik, Ägypten im Jahr 2009 vertieft. Im Laufe der drei FOCAC-Konferenzen gelang es China insgesamt alle afrikanischen Länder an einem Tisch zu versammeln, mit Ausnahme der Staaten mit diplomatischen Beziehungen zu Taiwan (Burkina Faso, Swasiland, Malawi, Gambia, Sao Tomé und Príncipe), die allerdings trotzdem als Beobachter geladen waren.⁶⁶ Interessanterweise wurden bereits beim ersten Gipfel 2006 afrikanische Stimmen laut, die die fehlende Einbindung der eigenen Perspektive in diesem Aktionsplan bemängelten. Im Vorlauf hatten bereits die verstärkte Reisetätigkeit innerhalb Afrikas wichtiger Vertreter der chinesischen Regierung die Bedeutung der Kooperation hervorgehoben.⁶⁷ Auf der Basis des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates erfolgte auch die Teilnahme des sudanesischen Präsidenten Omar El-Bechier und des Präsidenten Zimbabwes Robert Mugabe, in deren Ländern jeweils massive Menschenrechtsverletzungen

⁶¹ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 1.

⁶² Vgl. Berger/Wissenbach (2007), S. 11.

⁶³ Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. 5.

⁶⁴ Vgl. Taylor (2009), S. 16.

⁶⁵ Vgl. Taylor, (2009), S. 18.

⁶⁶ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 17.

⁶⁷ Vgl. Barthélémy (2006), S. 1.

stattfinden, die allerdings über für China wichtige Rohstoffvorkommen verfügen.⁶⁸ Der Aktionsplan des Jahres 2006 beinhaltet in erster Linie Hilfen für afrikanische Länder: dazu zählten Vorzugsdarlehen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar, Käuferkredite in einem Umfang von zwei Milliarden Dollar, ein Schuldenerlass für 31 LDC (=least developed countries) mit Verbindungen zu China, die Öffnung des chinesischen Marktes für afrikanische Produkte, einhergehend mit einer Zollfreiheit für bestimmte Produkte. Dazu kommen bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen wie Ausbildungsangebote für Afrikaner, die Vergabe von Stipendien, die Sendung von Freiwilligenhelfern, der Bau von Krankenhäusern, sowie Malariabehandlungszentren und Schulen.⁶⁹

4.2.2. Weißbuch chinesischer Afrikapolitik

Das Weißbuch chinesischer Afrikapolitik ist an die afrikanischen Partner adressiert und enthält die Ziele der neuen Afrikapolitik Chinas: Der Inhalt ist gezielt auf die afrikanische Bedarfslage zugeschnitten deshalb dazu geeignet, die Anreize für Afrika in den Blick zu nehmen. Das Strategiepapier verspricht eine strategische Partnerschaft, die von politischer Ebenbürtigkeit, gegenseitigem Vertrauen und einer Kooperation mit beidseitigen Gewinnchancen gekennzeichnet ist und damit eine attraktive Anreizstruktur für afrikanische Staaten verkörpert.⁷⁰

Die ‚fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz‘ sollen für die Beziehung leitend sein. Die übergeordneten Leitlinien dieser strategischen Partnerschaft sind beidseitiger Profit und Fortschritt in Form einer fruchtbaren Synergie, die sich aus einer Partnerschaft auf Augenhöhe ergibt: „Sincerity, equality and mutual benefit, solidarity and common development are the principles guiding China-Africa exchange (...).⁷¹“ Bereits der erste Teil des Strategiepapiers (Part I -Africa's Position and Role) enthält eine ausdrückliche Abgrenzung von der kolonialen Form ausländischer Präsenz auf dem Kontinent – trotz des späteren Verweises auf eindeutige wirtschaftliche Interessen. Symbolpolitisch sieht das Strategiepapier regelmäßige Besuche auf hochrangiger Staatsebene vor, um Kommunikation und Information zu gewährleisten.

⁶⁸ Vgl. Vgl. Barthélémy (2006), S. 2.

⁶⁹ Vgl. Taylor (2009), S. 18.

⁷⁰ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

⁷¹ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

Besonders hervorgehoben wird die Aussicht auf gegenseitige Kooperation und Koordination in internationalen Beziehungen. Insbesondere die gegenseitige Abstimmung und Beratung bezüglich staatlicher Souveränität, territorialer Integrität und Menschenrechten hebt das Papier hervor.⁷² Der wirtschaftliche Austausch wird an Handel, Direktinvestition, Einbindung chinesischer Finanzinstitute, Schuldenerlassen, Infrastrukturausbau und Kooperation im Ressourcenbereich festgemacht. Nicht zuletzt ist auch die Bereitschaft, die Regionalorganisation AU (=Afrikanische Union) und NEPAD (=New Partnership for African Development zu unterstützen) in der Verfolgung ihrer Ziele zu unterstützen, niedergelegt.⁷³

Insgesamt vermittelt dieses Strategiepapier den Eindruck einer sowohl für Afrika als auch China rundweg profitablen Partnerschaft, deren Eckpfeiler sensible Stellen afrikanischen Selbstverständnisses aufgreifen und sich bewusst von historischen Traumata fremder Herrschaft auf dem Kontinent distanzieren. Inwiefern dieses strategischen Eckpunkte, besonders die Behauptung einer Gegenseitigkeit, tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, soll im Folgenden in den Blick genommen werden.

5. Hintergründe: wirtschaftliche Interessen Chinas

Die Afrikapolitik der VRCh kann als direkte Funktion zu Chinas eigenem wirtschaftlichen Aufstieg gesehen werden. Der steigende Rohstoffbedarf Chinas sowie die Suche nach neuen Absatzmärkten und Investitionsorten sind von Bedeutung. Sie sind damit sowohl als das Resultat eines Strebens nach wirtschaftlicher Prosperität als auch als eine Art Demonstration der neu erlangten Macht nach außen zu sehen.⁷⁴

⁷² Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

⁷³ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 7.

⁷⁴ Vgl. Tull, (2005), S. 5.

5.1. Grundlagen

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg ist von wettbewerbsfähigen Billigprodukten als Exportgüter und der eigenen, beständig anwachsenden Nachfrage nach Rohstoffen gekennzeichnet. Sie bilden wichtige Parameter in der globalisierten Handelswelt und wirken folglich auch auf Afrika. Insgesamt hat sich das Handelsvolumen Chinas im Austausch mit Afrika zwischen 1993 und 2005 mit einer Höhe von 40 Milliarden US-Dollars um das 50-fache vergrößert. Während dieser Austausch für China zwar lediglich 2,5% des gesamten Außenhandels bedeutet, ist für Afrika China bereits 2004, zum dritt wichtigsten Handelspartner – nach den USA und Frankreich – aufgestiegen.⁷⁵ Damit stehen auch afrikanische Wirtschaftsinteressen zur Disposition. Ob dieses neue Zusammenarbeit aber wirklich von „mutual benefit, reciprocity and common prosperity (...)“ gekennzeichnet ist, soll im Folgenden untersucht werden.⁷⁶

5.2. Rohstoffimporte

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich das chinesische GDP verzehnfacht.⁷⁷ Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ist auch Chinas immer stärker steigende Nachfrage nach Rohstoffen verbunden: die stetig wachsende Bevölkerungszahl und das rasante Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft geht mit einem steigenden Bedarf an natürlichen Ressourcen einher, zu dessen Deckung afrikanische Partner langfristig einen Beitrag leisten können.⁷⁸ Auch der industrielle Aufschwung führte zu einer Nachfrageerhöhung im Bereich Rohstoffe. Vor allem in der Schwerindustrie ist Erdöl ein relevanter Produktionsfaktor, da die Fertigungskapazitäten für Stahl, Aluminium und Glas einer große Menge an Erdöl bedürfen. Insgesamt ist Rohöl der quantitativ wichtigste Rohstoff für China, aber auch andere natürliche Ressourcen sind von Bedeutung.⁷⁹

Ein wichtiger Interessenpunkt ist also die Handelskooperation im Rohstoffbereich im Allgemeinen:⁸⁰ Die regionale Struktur chinesischer Importe aus Afrika zeigt die Bedeutung des

⁷⁵ Vgl. Perret (2006), S. 4.

⁷⁶ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

⁷⁷ Vgl. Perret (2006), S. 1.

⁷⁸ Vgl. Tull (2005), S. 5.

⁷⁹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 21.

⁸⁰ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 4.

Rohstoffhandels. In diesem Bereich bezieht China im Sub-Sahararaum Erdöl aus Nigeria, Angola, Sudan, und Äquatorialguinea, Eisen und Kupfer aus Südafrika und Sambia, Kobalt und Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo und schließlich Tropenholz aus Gabun, Kamerun und Kongo und Chrom aus Zimbabwe.⁸¹

Dabei stellt Erdöl scheinbar das wichtigste Handelsgut dar: „85 Prozent der Exporte aus Afrika nach China stammen aus erdölexportierenden Ländern: Angola, Äquatorialguinea, Nigeria, der Republik Kongo und dem Sudan.“⁸² Damit bestünde kein großer Unterschied zu den Handelsinteressen der USA auf dem Kontinent, für die Afrika als Rohöllieferant eine ähnlich wichtige Bedeutung hat. 2009 folgte China den USA auf Platz zwei der Liste der weltweit am meisten Erdöl importierenden Staaten, gefolgt von Deutschland und Indien.⁸³

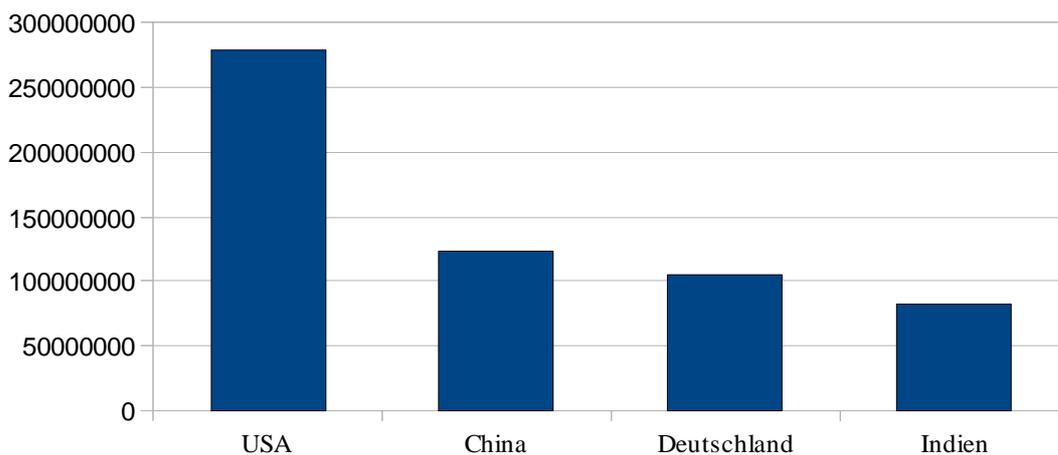


Abbildung 1: Top importers Mineral fuels, oils, distillation products.

(nach UN- Comtrade (2010): *Top importers Mineral fuels, oils, distillation products*; für 2009; Importwerte in US-Dollar)

⁸¹ Vgl. Courmont, (2006), S. 2.

⁸² Dieter (2008), S. 14.

⁸³ Vgl. Abbildung 1.

Die hohen Beträge im Handelsbereich Rohöl verschleiern aber die Omnipräsenz Chinas auf dem Kontinent, die sich keineswegs lediglich auf einen Rohstoff beschränkt: Viele kleine Länder mit einem vergleichsweise geringen Handelsvolumen sind wichtige Partner Chinas bezüglich strategischer Rohstoffe, wie etwa Kobalt sowie Coltan, das ein wichtiges Material für die Mikroelektronik ist.⁸⁴

Insgesamt zeigt die Regionalstruktur: Im Subsahararaum dominieren Entwicklungsländer als Handelspartner im Erdölbereich, wie etwa Angola, die Demokratische Republik Kongo, der Sudan (beziehungsweise seit dessen Unabhängigkeit auch Südsudan) und Äquatorialguinea, und das südliche Afrika.⁸⁵



Abbildung 2: Chinas Afrikanische Handelspartner im Erdölsektor
(nach Arte (2007): mit offenen Karten. Was will China in Afrika.)

⁸⁴ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 20.

⁸⁵ Vgl. Abbildung 2.

Deren Wettbewerbsfähigkeit und die immer größer werdende Nachfrage nach Rohstoffen, verbunden mit einer gleichzeitigen Knappheitssituation, verändern nicht nur die Parameter in der Weltwirtschaft, sondern haben auch Auswirkungen auf die afrikanische Wirtschaft.⁸⁹

In den vergangenen Jahren öffnete China seine Märkte einseitig für Exporte aus Afrika, 2007 schaffte es die Zölle auf insgesamt 440 Produkte im Rahmen sino-afrikanischer Handelsbeziehungen ab, wodurch es selbst zum drittgrößten Importeur weltweit aufstieg.⁹⁰ Die zugrundeliegende Außenpolitikstrategie Chinas scheint aufzugehen: Seit dem FOCAC fand ein Anstieg des Handels zwischen China und Afrika von 10,6 Milliarden im Jahr 2000 bis zu 72 Milliarden im Jahr 2007 statt.⁹¹ Im Gegensatz zu China, für das der Handelsaustausch mit Afrika im Jahr 2005 lediglich 2,8 % des Gesamtvolumens ausmachte, spielt der bilaterale Handelsaustausch für Afrika eine bedeutende Rolle.⁹² Daraus folgt, dass für China auch politische Interessen zur Disposition stehen.

5.4. Exporte Chinas nach Afrika: Beispiel Textilien

Die chinesische Außenhandelspolitik richtet sich außerdem auf die Erschließung neuer Märkte, zu denen auch Afrika zählt:⁹³ „Chinesische Unternehmen haben Afrika als attraktiven Markt für ihre Exportgüter entdeckt, insbesondere für Maschinen, Industrieprodukte, Telekommunikation, Waffen, Kleidung und Textilien.“⁹⁴ China versorgt den afrikanischen Markt mit billigen Verbrauchsgütern. Während chinesische Exporte aus dem Bereich Textilien, Leder und Schuhe zugenommen haben, können sich afrikanische Hersteller trotz des Abbaus von Handelsbarrieren nicht auf den Märkten behaupten.⁹⁵ Dieser Produktbereich verdeutlicht, dass sich hier keine win-win-Situation einstellt. Diese Handelskonstellation ist insbesondere im Falle des Handels mit Baumwolle und Textilien als negativ für die afrikanischen Volkswirtschaften zu bewerten.

⁸⁹ Vgl. Perret (2006), S. 4.

⁹⁰ Vgl. Dieter (2008), S. 14.

⁹¹ Vgl. Besada/Wang/Whalley (2008), S. 6.

⁹² Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 18.

⁹³ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 18.

⁹⁴ Vgl. Tull (2005), S. 13.

⁹⁵ Vgl. Asche/Schüller (2008), S.11.

Drei Prozent chinesischer Importe aus Afrika sind Baumwolle.⁹⁶ Für die Staaten Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana und Togo ist China zu einem wichtigen Handelspartner geworden, exportierten sie doch 2004 mehr als die Hälfte ihres Produktes nach China.⁹⁷ Damit ergeben sich für die Länder zunächst positive Wirkungen, da sie ihre Exporte erhöhen konnten. Insbesondere für Benin, Burkina Faso, Mali und Togo zeigten sich die Auswirkungen. Baumwollexporte nach China stellten 7 Prozent des gesamten Wirtschaftswachstum in diesen vier Ländern dar.⁹⁸ Zunächst ist diese Entwicklung als positiv für die Länder zu bewerten, da auf diese Weise sowohl der Produktpreis als auch die Einnahmen der Händler steigen.

China hingegen exportiert in einem zweiten Schritt Wolle und Stoffe zurück nach Afrika, die allerdings nicht in den Ursprungsländern der Baumwolle, sondern in Textilfabriken in Südafrika, Lesotho, Swasiland, Nigeria und auf Mauritius weiterverarbeitet werden.⁹⁹ Die dort gefertigten Produkte werden aber keineswegs innerhalb Afrikas weiterverkauft, sondern meist in die USA exportiert, während der afrikanische Markt die günstigeren, chinesischen Textilprodukten konsumiert. Dieses Handelsdreieck erinnert in seinem negativen Muster an Kolonialzeiten, denn hier tritt wieder das Rohstoffparadoxon zutage, das sich aufgrund externer Einflüsse entwickeln konnte.

Heute ist es allerdings das Ergebnis der Globalisierung, in der nicht allein China, sondern auch die USA und Europa für die gegenwärtige Situation verantwortlich sind. Ihre Subventionen für 25 000 Baumwollfarmer wirkten sich wie eine Preissenkung, folglich in geringeren Exporteinnahmen für die Bauern aus.¹⁰⁰ Problematisch ist allerdings tatsächlich, dass China gleichzeitig als Exporteur billiger Textilien auftritt, denn damit werden afrikanische Produzenten sowohl auf heimischen als auch auf internationalen Märkten marginalisiert.¹⁰¹ Diese Entwicklung kann insofern positiv gesehen werden, weil sie durch den entstehenden Konkurrenzdruck zu Innovationen und größerer Effizienz führen.¹⁰² Allerdings sind die sichtbaren Folgen weitaus negativer: Die Arbeitslosigkeit in diesem Sektor ist in den vergangenen Jahren gestiegen – im Jahr 2005 hatte beispielsweise innerhalb von zwei Jahren in Südafrika 55 000 Angestellte ihre Arbeit verloren, ähnlich in

⁹⁶ Vgl. Abbildung 3.

⁹⁷ Vgl. Perret (2006), S. 13.

⁹⁸ Vgl. Perret (2006), S. 13.

⁹⁹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 56.

¹⁰⁰ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 51.

¹⁰¹ Vgl. Berger/Wissenbach (2007), S. 3.

¹⁰² Vgl. Broadman (2007), S. 3.

Swasiland und Togo.¹⁰³ Bemerkenswerter ist, dass China zunehmend beginnt in den Textilsektor zu investieren. In Ghana gehören bereits zwei der vier dort ansässigen Unternehmen zu chinesischen Firmen, ähnlich in Benin, wo drei von vier Herstellern in chinesischer Hand sind. Es zeigt sich, dass Verhandlungen mit China in diesem Sektor aufgrund der bereits existierenden starken Präsenz unumgänglich sein werden. Inzwischen bietet China bereits den afrikanischen Betreibern technologische und wissenschaftliche Expertise an, um die Baumwollproduktion zu steigern. Dies könnte zu einer noch vertieften Abhängigkeit zu China führen, weniger wahrscheinlich scheint dies als das „(...) first sign of change in chinese strategy Africa (...)“¹⁰⁴ gewertet werden kann, sofern damit eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen gemeint ist.

5.5. Investitionen im Rohstoffsektor

„The Chinese Government facilitates Chinese enterprises to develop and exploit rationally their [the African's] resources.“¹⁰⁵ Bei dieser Investitionstätigkeit geht es aber weniger um die Unterstützung der Afrikaner als darum die Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Energie und Rohstoffen langfristig sicherzustellen, genau im Gegensatz zur eigenen Vorgabe und ungeachtet der Bedingungen.

Deshalb investiert China massiv in die Förderung und Erschließung ausländischer Bezugsquellen.¹⁰⁶ Da China nicht zuletzt aus Gründen der Energiesicherheit eine langfristige Strategie in Afrika verfolgt, spielen Direktinvestitionen, insbesondere im Bereich der Erschließung, Produktion und Förderung von Erdöl, eine wichtige Rolle in den Handelsbeziehungen: Zwischen 650 und 750 chinesische Unternehmen sind gegenwärtig in Sub-Sahara-Afrika präsent. Drei große chinesische Staatsfirmen spielen bei Investitionen im Erdölsektor eine tragende Rolle: CNPC (=China National Petroleum Cooperation), SINOPEC (=China Petroleum & Chemical Coporation), CNOOC (=China National Offshore Oil Cooperation) haben zusätzliche private Anteilseigner, während CNPC und SINOPEC der staatlichen Energiebehörde in vertikaler Beziehung untergeordnet sind.

¹⁰³ Vgl. Perret (2006), S. 13.

¹⁰⁴ Vgl. Perret (2006), S. 13.

¹⁰⁵ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

¹⁰⁶ Vgl. Hilpert (2010), S. 27.

Ziel der Investitionen ist nicht lediglich eine konstante Versorgung mit den Rohstoffen, sondern zugleich die Sicherung der Position Chinas als ‚global player‘ im Energiesektor.¹⁰⁷ Neben Erdöl, sind auch Bergbau, Fischerei, Holz, die verarbeitende Industrie sowie Infrastrukturausbau wichtige Sektoren.¹⁰⁸

Chinesischen Angaben zufolge wäre China 2006 bereits der drittgrößte Direktinvestor auf dem Kontinent gewesen, laut UNCTAD (=United Nations Conference on Trade and Development) sind dies aber immer noch Europäische Staaten, etwa Großbritannien und Frankreich.¹⁰⁹ Diese Diskrepanz ist durch die ungenaue statistische Unterscheidung zwischen FDI (=Foreign direct investment), Entwicklungszusammenarbeit und Handelskrediten erklärbar, die allesamt unter FDI gefasst werden. Das Ergebnis ist eine positive Perzeption Chinas als Großinvestor in Afrika, die von offizieller Seite so gezielt gestützt wurde.¹¹⁰ Insgesamt tragen die Handelsbeziehungen zwischen China und Afrika, aufgrund der tendenziell einseitigen Profit Chancen, die aus Sicht Chinas auf die Sicherung zu Rohstoffen und Absatzmärkten für eigene Produkte dienen, tatsächlich kolonialistische Züge.¹¹¹ Obwohl sich vor dem Hintergrund globalisierter Wirtschaftszusammenhänge eine internationale Arbeitsteilung entwickelt hat, die sich im Falle dieser Beziehung in unterschiedlicher - und vielfach tatsächlich komplementärer Ausstattung mit Ressourcen, Kapital und Arbeitskräften äußert -, ist der Handelsaustausch in diesem Fall unausgewogen. Chinesische Billigprodukte zerstören afrikanische Märkte während die Exportabhängigkeit, insbesondere rohstoffreicher Staaten, verschärft wird.¹¹²

6. Hintergründe: Politische Interessen Chinas

Die wirtschaftlichen Interessen Chinas sind mit einer politischen Strategie verknüpft: Ökonomischer Erfolg steht auch für Machtansprüche auf internationaler Ebene, die durch ein Auftreten als modernes, ökonomisch starkes China, das sich so auch im internationalen Kampf um

¹⁰⁷ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 22.

¹⁰⁸ Vgl. Perret (2006), S. 8.

¹⁰⁹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 26.

¹¹⁰ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 27.

¹¹¹ Vgl. Dieter (2008), S. 9.

¹¹² Vgl. Dieter (2008), S. 13.

Macht eine kompetitive Position sichern kann und will, demonstriert wird.¹¹³ Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika fördert die chinesische Regierung deshalb mit einem breiten Instrumentarium an außenpolitischen Mitteln, die auch im Weißbuch chinesischer Afrikapolitik niedergelegt sind.¹¹⁴ Die politischen Beweggründe Chinas lassen sich wie folgt zusammenfassen: Bezüglich der internationalen Beziehungen, verspricht sich China eine Unterstützung in internationalen Foren, Parteigänger in der Taiwan-Frage und nicht zuletzt auch stärkere Machtposition auf der politischen Weltbühne.¹¹⁵

6.1. Afrika als Verbündeter in internationalen Foren

Für die internationale Politik stellt China einen Schulterchluss für gegenseitige Unterstützung in Aussicht: „China will strengthen cooperation with Africa in the UN and other multilateral systems by supporting each other's just demands and reasonable propostions (...).¹¹⁶“ Tatsächlich ist auch hier die chinesische Bereitschaft zur Zusammenarbeit fragil und wird im Zweifelsfall zugunsten des eigenen Nutzens aufgegeben.

Die Teilnahme Chinas an internationalen Institutionen erfordert internationale Unterstützung für die Durchsetzung der eigenen Interessen. Zwar kann lediglich den Einzelstaaten Nigeria und Südafrika politisches Gewicht auf der Weltbühne eingeräumt werden, allerdings stellt die Gesamtheit der afrikanischen Staaten gemeinsam ein Viertel aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dar.

Im Gegenzug bietet China afrikanischen Staaten als Gegenleistung für Handelsbeziehungen, besonders im Rohstoffbereich, seine Unterstützung auf internationaler Ebene, explizit in Verbindung mit seinem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, an. In den Vereinten Nationen nutzt China sein Vetorecht als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, entgegen der offiziellen Rhetorik, nicht um als verantwortungsvoller internationaler Akteur aufzutreten, sondern gibt im Falle Afrika eigenen Interessenlagen den Vorzug. Ein Beispiel ist die Vetoposition Chinas im Falle der

¹¹³ Vgl. Jiabao (2007), S. 2.

¹¹⁴ Vgl. Taylor, (2009), S. 1.

¹¹⁵ Vgl. Tull (2005), S. 6.

¹¹⁶ Ministry of Foreign Affairs of the People Republic of China (2006), S. 3

Sanktionen für das Unterdrückungsregime in Sudan.¹¹⁷ Im Schulterschluss mit Zimbabwe arbeitete China in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen daran Resolutionen abzuwehren, die beide Staaten aufgrund von Menschenrechtsverletzungen getroffen hätten.¹¹⁸ Insbesondere hebt China dabei die Aussicht auf eine Süd-Süd-Kooperation hervor, die für beidseitige Parallelen zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern stehen soll, um sich abseits westlicher Interessen gemeinsam zu organisieren.¹¹⁹ Eigentlich als Partnerschaft konzipiert, ist diese aber nur solange an chinesische Loyalität geknüpft, bis sich nicht eine andere, bessere Lösung zur Interessenverwirklichung auftut.

Bereits in elf Fällen konnte die VRCh so Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen in der Menschenrechtskommission der UNO verhindern. Ebenso spielten afrikanische Stimmen bei Chinas Beitritt zur WTO (=World Trade Organisation) und, nach eigenen Angaben, auch bei der Vergabe der Olympischen Spiele 2008 und Weltausstellung 2010 eine entscheidende Rolle.¹²⁰ Auch in diesem Punkt ergeben sich historische Rückgriffmöglichkeiten: 1971 erhielt die VRCh anstelle des pro-westlichen Taiwan den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das diesen zuvor seit 1949 innehatte. Von 76 Stimmen, die sich in der Generalversammlung für die VRCh aussprachen, waren 26 afrikanische Staaten. Bereits damals konstruierte Mao Zedong eine Komplizenschaft zu afrikanischen und asiatischen Staaten, die sich für die VRCh ausgesprochen hatten.¹²¹

Im Zweifel zeigt sich aber die Fragilität chinesischer Loyalität gegenüber den afrikanischen ‚Partnern‘: Die Delegation der afrikanischen Union wollte den Klimagipfel in Kopenhagen dazu nutzen, auf die besonders hohen Schäden der Klimaerwärmung in Afrika aufmerksam zu machen. Zuvor hatte China seine Loyalität zugesagt, fusionierte im Endeffekt aber stattdessen mit anderen Schwellenländern (Brasilien, Südafrika, Indien) zur sogenannten BASIC-Gruppe, die im Gegenzug für finanzielle Hilfe durch entwickelte Länder eine Reduktion in der Treibhausgasemission anbot.¹²² Insgesamt scheint sich auch bezüglich Chinas Positionierung in den internationalen Beziehungen eine Bedeutungsverschiebung weg von bilateralen Koalitionen hin zu einer verantwortungsbewussteren Einbindung in die Entscheidungsforen der internationalen Beziehungen abzuzeichnen. So enthielt es sich 2009 einem Votum für Sanktionen gegen Eritrea,

¹¹⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 91.

¹¹⁸ Vgl. Taylor (2009), S. 104.

¹¹⁹ Vgl. Dieter (2008), S. 5

¹²⁰ Vgl. Tull (2007), S. 4.

¹²¹ Vgl. Perret (2006), S. 2.

¹²² Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): A year to mend broken promises, S. 2.

statt den afrikanischen Verbündeten mit seinem Veto zu unterstützen.¹²³ Dieser Schulterchluss auf internationaler Ebene ist insgesamt trotzdem als negativ einzuordnen. So werden antidemokratische Regime in Afrika ebenso gestützt wie Menschenrechtsverletzungen in Afrika und China selbst. Zudem handelt es sich bei dieser Verbindung nicht um eine Partnerschaft mit gegenseitigen Verpflichtungen, denn China kündigt seine Loyalität im Fall anderer Möglichkeiten zur Interessenverwirklichung umgehend auf.

6.2. Unterstützung beim ‚Ein-China-Prinzip‘

„The consistent policy of China is to obstruct Taiwan's relations in the world community and maintain that ‚China‘ including Taiwan (...).“¹²⁴ Ein zentraler Dreh- und Angelpunkt chinesischer Außenpolitik ist das ‚Ein-China-Prinzip‘.¹²⁵ Es beeinflusst Chinas Handeln auf internationaler Ebene maßgeblich. Chinas Taiwan-Strategie beruht auf verschiedenen Instrumentarien, zu denen auch die Einbindung afrikanischer Staaten zählt.

Seit 1949 bildet der Kampf um diplomatische Anerkennung das Kernstück der Taiwanpolitik der VRCh.¹²⁶ In dieser Konkurrenz hat sich bis heute Beijing erfolgreich durchgesetzt und eine Marginalisierung Taiwans auf internationaler Ebene erreicht. Bis heute hält Taipeh lediglich Beziehungen zu kleinen Staaten.

Im Augenblick unterhält Taiwan mit nur 23 Staaten vollständige diplomatische Beziehungen, darunter die vier afrikanischen Staaten Malawi, Burkina Faso, Swasiland, São Tomé und Príncipe.¹²⁷ Die machtpolitischen Mittel Beijings diese Strategie weiter zu verfolgen finden sich in der eigenen Wirtschaftsstärke und dem Veto als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, welches als letzte Thrumphkarte, mit der es andere, ökonomisch erfolgreiche oder ambitionierte Staaten, davon abhält, Beziehungen zu Taipeh aufzubauen.

¹²³ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): A year to mend broken promises, Januar 2010, S. 2.

¹²⁴ Vgl. Taylor, (2009), S. 28.

¹²⁵ Nach einer langen Bürgerkriegsphase zwischen Kommunisten und nationalistischen Konservativen um die Vorherrschaft im Land siegten 1949 die Kommunisten. Die Konservativen um Chinag Kai Shek mussten daraufhin ins Exil nach Taiwan gehen. Bis heute trägt das Land den Namen ‚Republik China‘ - die ursprüngliche Bezeichnung Chinas vor dem Sieg der Kommunisten. Vgl. Heberer (2003), S. 22.

¹²⁶ Vgl. Taylor (2009), S. 27.

¹²⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 28.

Dieser Mechanismus greift auch in Afrika.¹²⁸ Als in den 80er Jahren China sein Engagement in Afrika reduzierte, wandten sich prompt einige Staaten - Liberia, Lesotho, Guinea Bissau, Zentralafrika, Burkina Faso, Gambia, Senegal, São Tomé und Príncipe und Chad - verstärkt Taiwan zu.¹²⁹ Dieser Vorgang verdeutlicht, dass das Ein-China-Prinzip auch seitens Afrika ein geeigneter Handelsgegenstand ist und ein Druckmittel gegenüber China verkörpert. Einige Staaten nutzten das ‚Ein-China-Prinzip‘ als Chance, sich eine Machtposition an der Seite Chinas zu sichern und erkannten später, im Zuge verstärkten Engagements Chinas auf dem Kontinent, wiederum statt Taiwan China an: Lesotho (1994), Niger (1996) Zentralafrika und Guinea Bissau (1998), Südafrika (1998), Senegal (2005) und Chad (2006).

Damit ist die Taiwan-Strategie ein wichtiges Interessengebiet der VRCh bezüglich ihrer Afrikapolitik, denn die einzige Bedingung Chinas für Partnerschaften, Kredite und Entwicklungshilfezuweisungen ist die Anerkennung des ‚Ein-China-Prinzips‘: „The One-China principle is the political foundation for the establishment and development of China's relations with African countries and regional organizations.“¹³⁰ Im Gegenzug ist es auch ein Druckmittel für afrikanische Staaten.

7. Chinesische Entwicklungszusammenarbeit

Hinsichtlich der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung Afrikas verspricht das chinesische Strategiepapier: „China supports African countries' endeavour for economic development (...) and carries out cooperation in various forms in the economic and social development (...).“¹³¹ China präsentiert sich folglich als beispielhaftes Vorbild eines Schwellenlandes und deshalb als bester Partner für Afrika. Bereits in der Struktur chinesischer Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich aber grundsätzliche Risiken für Nehmerländer. Am Beispiel des ‚Angola-Modes‘ zeigt sich, wie China die Verbindung zwischen eigenen wirtschaftlichen Interessen und Bedarfslagen der afrikanischen Partner schafft, und welche Risiken dieses Konzept für afrikanische Staaten bergen kann.

¹²⁸ Vgl. Taylor (2009), S. 28.

¹²⁹ Vgl. Perret (2006), S. 3.

¹³⁰ Vgl. Ministry of foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

¹³¹ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

7.1. Risiken

Chinesische Entwicklungszusammenarbeit ist zentral organisiert, mit der chinesischen Regierung an der Spitze, ihr nachfolgend verschiedene Ministerien und Kommissionen. Das MOFCOM (=Ministry of Commerce) ist dabei das Exekutivbüro der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit Chinas, es regelt die Ausgaben und Einnahmen. Eine wichtige Rolle spielen die Entwicklungsbanken: Die EXIM Bank (=China Export-Import Bank), eine Staatsbank, bietet Kredite zu Vorzugsbedingungen, Export-Kredite als Anreiz für chinesische Investoren, sowie Garantien für Investitionen. Die zweite involvierte Bank ist die CDB (=China Development Bank). In ihrem finanziellen Volumen überragt sie vergleichbare internationale Institutionen, sogar die Weltbank. Diese Struktur chinesischer Entwicklungshilfe wird zwangsläufig zu einer Konkurrenzsituation hinsichtlich der Kreditbedingungen auf internationaler Ebene führen.¹³² Obwohl China die ‚Paris Declaration on Aid Effectiveness‘ ebenso wie die ‚Millenium Development Goals‘ unterschrieb, entspricht es nicht den darin enthaltenen Anforderungen an Transparenz und Kooperation auf internationaler Ebene. Wahrscheinlich ist, dass die Zusage an diese Bedingungen aus der eigenen Perspektive als Empfänger– statt Geberland stattfand:¹³³ China selbst ist immer noch Empfänger von Entwicklungshilfegeldern.

Neben dem Paradox, selbst als Empfängerland aufzutreten, wird die Kreditvergabe Chinas außerdem als gegenläufige Maßnahme zu den westlichen Schuldenerlassen in Afrika gewertet. Tatsächlich entband der Westen Afrika durch zwei Entschuldungsinitiativen von 43 Milliarden US-Dollar seiner bi-und multilateralen Schulden. Berechtigt ist deswegen das Bedenken einer Neuverschuldung aufgrund der unkomplizierten Kreditvergabepolitik Chinas.¹³⁴ Ein weiterer Kritikpunkt ist die Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit chinesischen Wirtschaftsaktivitäten, die eigenen Unternehmen bei der Projektumsetzung den Vorzug gibt und so zur Marginalisierung afrikanischer Unternehmen und Arbeitskräfte führt.¹³⁵

¹³² Der IMF (=International Monetary Fund) hingegen verfügt als eine der wichtigsten Kreditvergabeinstitutionen über verschiedene Kreditinstrumente, deren Vergabe je an wirtschaftspolitische Konditionen gebunden ist. Diese Konditionalitäten bestätigen die Empfängerländer in einem ‚letter of intent‘, in dem sie sich zu ökonomisch stabilisierenden Maßnahmen verpflichten. Allerdings sind diese ‚letters of intent‘ politischer Art und binden die Staaten deshalb rechtlich nicht an die Einhaltung der Verpflichtungen. Vgl. International Monetary Found (2011).

¹³³ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 34.

¹³⁴ Vgl. Reisen (2007), S. 1.

¹³⁵ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

Entwicklungshilfe in der Praxis erfolgt auf drei verschiedene Arten: Erstens als Gewährleistung nicht rückerstattungspflichtiger Gelder, zweitens in Form unverzinslicher Darlehen, die direkt von der chinesischen Regierung ausgezahlt werden und hauptsächlich in Infrastrukturprojekte fließen, und drittens als Vorzugskredite mit Zinsraten, die sich unter den Marktzinsen bewegen. Chinesische Entwicklungshilfe kann deshalb vor allem eines, nämlich aufgrund des staatlichen Auffangmechanismus wesentlich risikoreichere Projekte als andere Länder abschließen. Die Wahl des Typs hängt von den Konditionen des Landes und der Gestalt des Projektes ab. Meistens greifen aber die Typen zwei und drei, denn überwiegend ist chinesische Entwicklungszusammenarbeit mit einem weitreichenden Engagement in Handel und Investitionen verbunden.¹³⁶ Zu den Instrumentarien zwei und drei zählt auch der ‚Angola-Mode‘, ein Darlehenskonzept, in dem Kredite, meist zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten, durch natürliche Ressourcen abgesichert werden.

¹³⁶ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

7.2. Der ‚Angola-Mode‘: Rohstoffgebundene Entwicklungszusammenarbeit

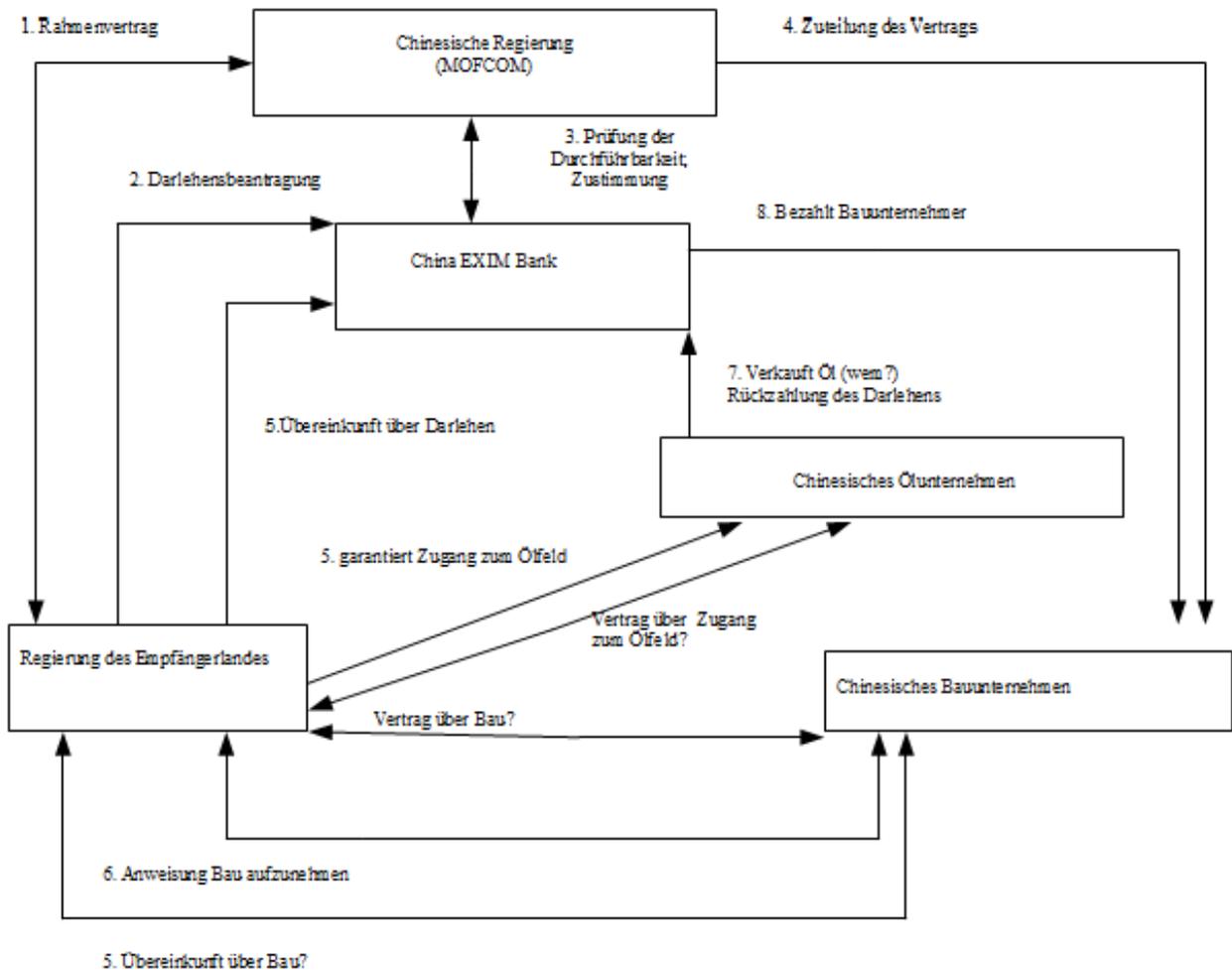


Abbildung 4: ‚Der Angola Mode‘;
(nach Asche/Schüller, 2008, S. 22)

Das Vorgehen ist als ‚Angola-Mode‘, benannt nach der erstmaligen Anwendung in Angola, in der Fachliteratur ein Obergriff für die Praxis chinesischer Kreditvergabe für Infrastrukturprojekte, deren Rückzahlung mit Rohstoffexporten verknüpft ist.¹³⁷ Beidseitige Interessen, das Vorgehen, die Ziele und Effekte chinesischen Handelns in Afrika werden anhand dieses Beispiels deutlich. Das Vorgehen sowie die beteiligten Akteure sind in der obenstehenden Abbildung verdeutlicht.¹³⁸

¹³⁷ Vgl. Foster/Butterfield/Chen (2008), xii.

¹³⁸ Vgl. Abbildung 4.

Die Akteurstruktur des Konzeptes ist vielschichtig. Neben beiden Regierungen sind ferner chinesische Unternehmen – Bauunternehmen für die Konstruktion des Infrastrukturprojektes, sowie Ölunternehmen für die Gewinnung der Rohstoffe beteiligt. Positiv ist, dass finanziell schwache Staaten so schnell in dringend benötigte Infrastrukturprojekte investieren können. Zentrale Akteure in diesem Konzept sind das MOFCOM, das Exekutivbüro der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit Chinas, das Projekte, die den Zielen Chinas entsprechen auswählt und die Rahmenbedingungen gegenüber der Regierung des Empfängerlandes festlegt (siehe Schritte eins, vier und drei).¹³⁹ Die ungewöhnliche Form von ‚Entwicklungshilfe‘ spiegelt sich damit bereits in der institutionellen Struktur chinesischer Bürokratie wider: Das Handelsministerium MOFCOM ist nicht nur für Handelsbeziehungen, sondern auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Diese institutionelle Verschränkung zeigt wie eng eigene Wirtschaftsinteressen an Entwicklungshilfe gebunden sind.¹⁴⁰ Ein weiterer Akteur ist die EXIM-Bank, die chinesische Entwicklungsbank. Diese ist für die Abwicklung der finanziellen Transfers an alle Beteiligte, die Rückzahlung der Gelder sowie der Prüfung der Kreditwürdigkeit zuständig (siehe Schritt zwei, fünf und acht).¹⁴¹ In Schritt fünf, in dem der Austausch von Rohstoffen und die Aktivitäten der chinesischen Bauunternehmer zum Infrastrukturausbau einsetzen finden sich besondere Kritikpunkte: Weder die Existenz bilateraler Verträge noch deren etwaige Inhalte sind bekannt. Deswegen bergen sich für afrikanische Partnerländer hier besondere Risiken.

Beispielhaft zeigt sich, wie China den Bedarf afrikanischer Länder an Krediten und Infrastruktur deckt, die weder finanzielle Kapazität noch ausreichende Kreditwürdigkeit vorweisen können: Rohstoffe, insbesondere Erdöl akzeptiert China als Kreditgarantien. Die betroffenen Staaten im Sub-Sahara-Raum, neben Angola ebenso Nigeria, Sudan und Äthiopien, haben enorme Defizite im Infrastrukturbereich, insbesondere in dem für die Industrie essentiellen Bereich der Stromversorgung.¹⁴²

Ein eindeutiges Negativum stellen hingegen die intransparenten Vertragdetails (siehe Schritt fünf) dar. Deutlich wird dies an einem Projekt in der demokratischen Republik Kongo, in dem Cobalt-, Kupfer-, und Goldminen zur Disposition stehen: Alle Einkünfte der ersten Phase fließen dabei zunächst in die Amortisierung der Mineninvestition, bevor das Infrastrukturprojekt beginnen kann.

¹³⁹ Vgl. Abbildung 4.

¹⁴⁰ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 35.

¹⁴¹ Vgl. Abbildung 4.

¹⁴² Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. ix.

Im Gegensatz dazu bezeichnen Asche und Schüller das erste Projekt dieses Konzeptes in Angola als gelungen. Grund seien die im Vergleich günstigeren Kreditkonditionen durch China.¹⁴³ Dies ist auf den ersten Blick richtig, allerdings nur hinsichtlich der unmittelbaren Folgen, nämlich den günstigen Rückzahlungskonditionen. Langfristig hat sich die chinesische Kreditvergabe als negativ erwiesen.

7.2.1. Fallbeispiel: Der ‚Angola-Mode‘ in Angola

In Angola prägen immer noch die Folgen des 30-jährigen Bürgerkrieges, der 2002 beendet wurde, das Land. Infrastruktur ist für den Wiederaufbau des Landes deshalb essentiell. Bereits 2002, direkt nach dem Friedensschluss, stellte China erstmals die Finanzierung für Infrastrukturprojekte, beginnend bezüglich des Wiederaufbaus der Schienennetze und Stromleitungen, und zeigte sich so als schneller und unkomplizierter Geldgeber.¹⁴⁴

Neben neuen Quellen der Rohstoffversorgung ergab sich für China in Angola durch die eigene Bautätigkeit vor Ort schon damals eine weitere Profitance: Seit Ende der 90er Jahre wächst der chinesische Bausektor immer stärker und auf dem internationalen Markt erweisen sich chinesische Baufirmen als extrem wettbewerbsfähig. In den vergangenen Jahren konnten sie etwa 30 Prozent der Tender der Weltbank und der African Development Bank (=ADB) für Infrastrukturprojekte für sich entscheiden. Ein Grund dafür sind die staatlichen Subventionen, die diese Firmen erhalten und ihnen so eine größere Risikospannbreite erlauben.¹⁴⁵ Die Schritte fünf und sechs des ‚Angola-Modes‘ betreffen die Details der Verträge. Die zeitliche Bindung und die Rolle des afrikanischen Landes bei der Kreditvergabe ist ungewiss, wie auch im Fall Angola.¹⁴⁶

2005 etwa wurde ein Joint Venture zwischen der chinesischen Staatsfirma Sinopec und dem angolischen Unternehmen Sonangol (= Sociedade Nacional de Combustíveis de Angola), das 75 Prozent der Anteile hält, über ein Ölfeld geschlossen.¹⁴⁷ In diesem Joint Venture spielt eine vom chinesischen Außenministerium angeblich weder institutionell noch finanziell abhängige

¹⁴³ Vgl. Asche/schüller (2008), S. 38.

¹⁴⁴ Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak, S. 21.

¹⁴⁵ Vgl. Foster/ Butterfield,/Chen/Pushak (2008), S. ix.

¹⁴⁶ Vgl. Abbildung 4.

¹⁴⁷ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 24.

Institution eine Rolle: Der ‚China International Fund‘, der 2003 nach Bürgerkriegsende in Angola entstand, um im Tausch gegen Rohstoffe den kostenintensiven Wiederaufbau des Landes zu finanzieren. Dessen tatsächliche Unabhängigkeit ist allerdings nicht nachprüfbar. Für Angola war China auch bezüglich der Rohstoffe ein attraktiver Partner, denn es verfügte über noch nicht erschlossene Ölquellen und das Interesse an technischer und finanzieller Kooperation bei Erschließung und Förderung. Letzteres konnte China leisten, zudem ohne, im Gegensatz zu potenziellen westlichen Partnern, Anforderungen an die afrikanische Innenpolitik zu stellen.¹⁴⁸ Für Angola waren aber insbesondere Kredite und Infrastrukturausbau von Bedeutung: 2005 stellte die EXIM-Bank einen Kredit in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar bereit.

Ein Teil davon floss in Elektrizität, Straßen, Wasser, Telekommunikation und öffentliche Bauprojekte, der andere Teil wurde in Gesundheit, Bildung und Fischerei investiert.¹⁴⁹ Ein weiterer Kredit in Höhe von zwei Milliarden Dollar erfolgte 2006. Zusammen mit den Investitionen in Infrastruktur kann damit der chinesische Beitrag in Angola mit mehr als 10 Milliarden Dollar veranschlagt werden.¹⁵⁰ Bereits der erste Kredit war vertraglich an die Lieferung von 10 000 Barrel Öl täglich zum Marktpreis gebunden. Dieser Kredit kann tatsächlich, wie von Asche und Schüller festgestellt, als für Angola günstig betrachtet werden, im Vergleich zu anderen ähnlichen Angeboten, die lediglich einen Ölpreis in Höhe von 50 Prozent des aktuellen Weltmarktpreises boten.¹⁵¹

7.2.2. Beurteilung: langfristiger Verlust für Angola

Das Beispiel Angola zeigt, dass sich bezüglich der Entwicklungshilfe eine kurzfristige win-win-Situation aufgrund des schnellen und unkomplizierten Handelns Chinas einstellen kann. Für die langfristige ökonomische, gesellschaftliche und politische Situation ergibt sich allerdings eine negative Konstellation für Angola. Der Begriff ‚Ressourcenfluch‘ steht für eine Kombination negativer Folgen für Wirtschaft, Transparenz, Institutionen, und Demokratie, die Ressourcenreichtum mit sich bringen kann.¹⁵² Er trifft auch auf Angola zu, denn vor allem der

¹⁴⁸ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

¹⁴⁹ Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. 21.

¹⁵⁰ Vgl. Dieter (2008), S. 12.

¹⁵¹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 37.

¹⁵² Vgl. Basedau (2009), S. 21.

Erdölsektor, in den China am stärksten investiert, ist stark von Korruption und Patronage geprägt. Etwa 4 Milliarden Dollar der Gesamteinnahmen oder anders formuliert, 10 Prozent des GDP, beträgt der daraus resultierende Verlust in Angola.¹⁵³ Auch hier spielt wieder die Konditionslosigkeit Chinas die zentrale Rolle, denn ein vergleichbarer Kredit des IMF wurde aufgrund der hohen Anforderungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung zugunsten des chinesischen Angebots ausgeschlagen.¹⁵⁴

Die langfristige Verbindung zwischen insgesamt drei chinesischen Akteuren (EXIM-Bank, Erdölunternehmen, Bauunternehmen) und dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor des Landes ist negativ im Sinne des Rohstoffparadoxons, da China dauerhaft angelegte Interessenpolitik betreibt, angolische Ressourcen nutzt und das Land ökonomisch an sich bindet, während Angola durch die Verschuldung in eine Abhängigkeitssituation gerät, anstatt eigene Methoden und Dynamiken für die Nutzung dieses Rohstoffes, beziehungsweise für alternative Wirtschaftszweige, zu entwickeln. Der eigentliche Widerspruch ist, dass Angola eigentlich seinen Ressourcenreichtum nutzen könnte, um seine Ökonomie durch die Erträge in diesem Sektor auf eine breitere Basis zu stellen und so nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und gesellschaftliche Armut zu reduzieren.¹⁵⁵

45 Prozent chinesischer Erdölimporte stammen aus Angola. Seitens der Angolaner führte so nicht zuletzt der Export von Erdöl nach China zu einem beachtlichen Wirtschaftswachstum: 2006 und 2007 verzeichnete es einen Anstieg des GDP in Höhe von 80 Prozent, 2008 war Angola die am stärksten wachsende Volkswirtschaft weltweit.¹⁵⁶ 2005 machte Erdöl als Hauptwirtschaftsfaktor 56 Prozent des GDP, 83,1 Prozent des Regierungseinkommens und 94,1 Prozent des Exporteinkommens aus.¹⁵⁷ Zwischen 2006, also nach dem FOCAC-Gipfel, und 2008 hat sich der chinesische Erdölimport nahezu verdoppelt.¹⁵⁸

¹⁵³ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 25.

¹⁵⁴ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 25.

¹⁵⁵ Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. vi.

¹⁵⁶ Vgl. The Economist (2010), S. 43.

¹⁵⁷ Vgl. OECD (2007), S. 109.

¹⁵⁸ Vgl. Abbildung 5.

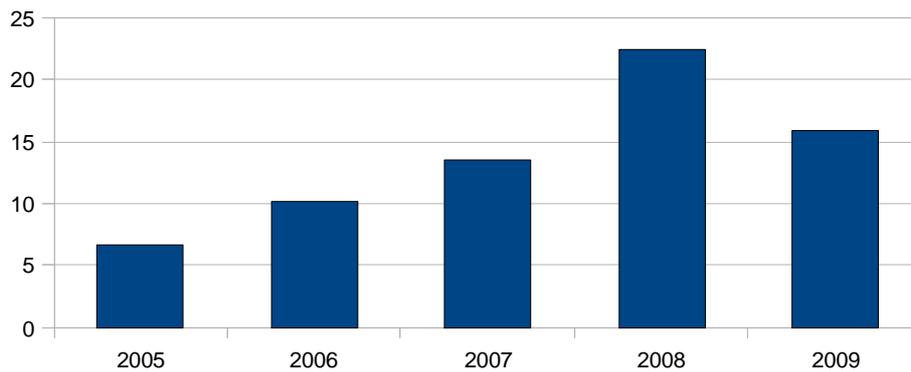


Abbildung 4: Erdölimporte Chinas aus Angola (in Billionen US-Dollar; Jahre 2005-2009)

(Nach UN-Comtrade(2009): Erdölimporte China-Angola).

Trotz des anscheinenden Gewinns durch die Handelsbeziehungen mit China im Rohstoffsektor, hat sich die Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftsfaktor für Angola als fatal erwiesen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise brach die angolanische Wirtschaft in einem seit dem Bürgerkrieg nicht mehr erlebten Maße ein: 2009 brach der weltweite Ölpreis massiv ein und betrug mit etwa 50 US-Dollar nur noch etwa ein Drittel seines Preises von 2007, was zum größten Staatsdefizit seit dem Krieg führte.¹⁵⁹ Dies zeigt sich auch am Erdölhandel mit China, der 2009 im Vergleich zum Vorjahr massiv einbrach.¹⁶⁰ Es wird deutlich: Entwicklungshilfe an einen derart unsicheren Parameter wie Erdöl zu binden, birgt ökonomische Risiken für die Empfängerländer.

Außerdem wurden die wirtschaftlichen Folgen der im Zuge der Wirtschaftskrise gefallenen Ölpreise nicht durch China, sondern durch einen ‚stand-by-arrangement Kredit‘ des IMF in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar ausgeglichen.¹⁶¹ Angola verpflichtete sich im Gegenzug in einem ‚letter of intent‘, einer politischen Absichtserklärung ohne rechtliche Bindung, zu strukturellen Reformen. Unter anderem stellt Angola damit eine Steuerreform in Aussicht, die Staatseinnahmen nicht lediglich auf Einnahmen aus dem Erdölsektor beschränkt und begrenzt die Aufnahme weiterer Anleihen, insbesondere für projektbezogene Kredite, wie sie etwa durch China erfolgten, beinhalten.¹⁶²

¹⁵⁹ Vgl. Africa Confidential (2010): Africa/Economy. Out of the dip, S. 4.

¹⁶⁰ Vgl. Abbildung 5.

¹⁶¹ Vgl. Leigh/Xiao/Klein (2009).

¹⁶² Vgl. International Monetary Fund (2010): Angola: letter of intent, Memorandum of Economic and Financial Policies, and technical Memorandum of Understanding. S. 6.

Aufgrund der Investitionen Chinas vor Ort und der dauerhaften Verpflichtung an chinesische Kredite wird allerdings die einseitige Ausrichtung der angolanischen Wirtschaft nur unterstützt. Zudem werden selbst die möglichen gesamtgesellschaftlichen Gewinne durch den Infrastrukturausbau mit dem chinesischen Herkunftsland der Baufirmen zweckgebunden: Sowohl die Arbeiter als auch das Material sind in der Regel chinesischer Herkunft, lokale Firmen werden meist nicht eingebunden.¹⁶³ Die Profite, die durch Erdölhandel erzielt werden, konsumiert die herrschende angolanische Elite zum Teil selbst, mehr als eine Milliarde Dollar vermutete man kurz nach Bürgerkriegsende auf geheimen Auslandskonten,¹⁶⁴ statt sie zugunsten der Gesamtbevölkerung einzusetzen.

Eine Breitenwirkung des Wirtschaftswachstums wäre in Angola aber dringend nötig, denn hier beträgt das Durchschnittseinkommen in etwa zwei Dollar pro Tag, während die Lebenshaltungskosten und Verbraucherpreise extrem ansteigen. Die nationale Einkommensverteilung gemessen am ‚Gini-Index‘ gehört deshalb zu einem der höchsten weltweit und damit für eine extreme Ungleichverteilung des Einkommens steht.¹⁶⁵ Deshalb ordnet der ‚Human Development Index‘ der Vereinten Nationen Angola gegenwärtig auf Platz 146, einem der unteren Ränge, ein.¹⁶⁶ Der Korruptionsindex verortet Angola auf einer Skala von 0 für ‚höchst korrupt‘ bis 10 für ‚sehr transparent‘ mit einem Rang von 1,9 als extrem korruptionsgeprägten Staat ein.¹⁶⁷

Es wird vermutet, dass ebenfalls die chinesischen Gelder, die der Präsident im Rahmen eines großangelegten Infrastrukturprogrammes für Krankenhäuser und eine Eisenbahnlinie vorgesehen hatten, in Korruptionskanälen verschwunden sind. Verwirklicht wurde nämlich kaum ein Teil dieses Planes, dessen wichtigste Projekte der ‚Bom Jesus Airport‘, die ‚Benguela Railway‘ und die ‚Luanda Malange Railway‘ waren.¹⁶⁸ Einige der beteiligten Akteure stehen unter dringendem Korruptionsverdacht.¹⁶⁹ Genau diese Undurchsichtigkeit der Staatsfinanzen veranlasste den IMF und die Weltbank nach dem Bürgerkriegsende ein umfassendes Hilfsprogramm für Angola in die Wege zu leiten, die aber bereits zu diesem Zeitpunkt durch die chinesischen Konditionslosigkeit

¹⁶³ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 50.

¹⁶⁴ Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Länderbericht Angola.

¹⁶⁵ Vgl. Afrika Verein der deutschen Wirtschaft e.V. (2009), S. 74.

¹⁶⁶ Vgl. UNDP Development reports: Angola.

¹⁶⁷ Vgl. Transparency international (2010).

¹⁶⁸ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Reshuffling Luanda's Beijing connection. S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. Africa Confidential (2010): Dos Santos prepares for power, again. S. 8.

konterkariert werden.¹⁷⁰ Auch in innenpolitischer Hinsicht sind negative Langzeitfolgen zu verzeichnen: 2003 bescheinigte der Statusindex des ‚Bertelsmann-Transformationsindex‘ Angola hinsichtlich dessen Entwicklung zu einer demokratisch geprägten Marktwirtschaft Platz 105 von 115 untersuchten Ländern, insbesondere bezüglich der Rechtsstaatlichkeit, die als mangelhaft bewertet wurde.¹⁷¹

Letztere Werte beziehen sich zwar auf die Zeit der Transformation des politischen Systems, allerdings ist das Land bis heute stark autoritär geprägt: An der Staatsspitze steht der mit zahlreichen Kompetenzen ausgestattete Präsident Dos Santos, ebenso Führer einer der Bürgerkriegsparteien, der MPLA (=Movimento Popular de Libertação de Angola). Dieser Präsident nutzt seine Kompetenzen, um die eigene Machtposition zu konsolidieren.¹⁷² Die Parlamentswahlen im Jahr 2008 wurden zwar als weitgehend frei, aufgrund der mangelhaften Beteiligung der Oppositionspartei UNITA (=União Nacional para a Independência Total de Angola) als nicht fair klassifiziert.¹⁷³ Diese Demokratiestagnation wird sich langfristig nicht aufheben, solange keine sichtbaren Veränderungen in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfolgen: Und genau diese behindert China durch sein Konzept einer strategischen Partnerschaft, das Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie völlig ausklammert und zudem mit seinen Investitionen im Erdölsektor, der die ökonomische Machtbasis der herrschende Elite im Land ist, diese autoritären Strukturen festigt.¹⁷⁴

Dies zeigt sich auch an der personellen Struktur der chinesisch-angolanischen Zusammenarbeit: Pierre Falcone, der während des Bürgerkrieges zwischen 1993 und 1994 einen Waffenverkauf an die angolische Regierung in Höhe von 792 Millionen Dollar aushandelte, tritt als Berater Chinas im Rahmen der chinesischen Investitionstätigkeit auf.¹⁷⁵ Gleiches gilt für die afrikanische Seite, die durch zahlreiche personelle Verbindung zwischen der politischen Elite und dem Erdölsektor gekennzeichnet ist. Der Präsident von Sonangol etwa, Manuel Vicente pflegt sowohl enge Verbindungen zu Dos Santos selbst als auch zu einem Partner von dessen Tochter Isabel Dos Santos in der Mobilfunkfirma Unitel.¹⁷⁶

¹⁷⁰ Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Länderbericht Angola.

¹⁷¹ Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Ranking 2003.

¹⁷² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2010), S. 2.

¹⁷³ Vgl. Bösl (2008), S. 9.

¹⁷⁴ Vgl. Mair (2009), S. 68.

¹⁷⁵ Vgl. Africa-Asia Confidential (2009): Blood and money in the streets, S. 2.

¹⁷⁶ Vgl. Africa Confidential (2010):Football, contracts and then votes, S.9.

Bezüglich der Demokratieentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass der nahezu bedingungslose Kapitalzufluss den Reformwillen der herrschenden politischen Klasse weiterhin schwächt.¹⁷⁷ Tatsächlich ist China allerdings, aufgrund der konditionslosen Kreditvergabe und dem Angebot günstiger Infrastrukturmaßnahmen tatsächlich ein, auf den ersten Blick, passender Partner für afrikanische Länder wie Angola. Bei näherem Betrachten ist diese scheinbare ‚Partnerschaft‘ aber eine Abhängigkeitssituation für die Afrikaner, die langfristig eher als Verlustgeschäft denn als win-win-Beziehung zu bezeichnen ist.

8. Wirkungen auf Partner in Afrika:

Der Ausbau der sino-afrikanischen Partnerschaft ist nicht nur das Ergebnis chinesischer Interessen, sondern ebenso das Resultat von Interessen und Zielen der afrikanischen Akteure. Um die Wirkung des chinesischen Engagements zu analysieren, muss grundsätzlich zwischen Interessen und Chancen auf Seite der afrikanischen Eliten und der breiten Bevölkerungsmasse unterschieden sowie die besonderen Strukturen und Prozesse afrikanischer Politik erläutert werden.

8.1. Die Eliteperspektive

Für afrikanische Eliten ist die Partnerschaft mit China tatsächlich eine Gewinnchance, da durch sie entsprechend des eigenen Politikverständnis die Stabilisierung und Festigung von Macht sowie die Verfolgung ökonomischer Interessen möglich ist.

¹⁷⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 8.

8.1.1. Politikverständnis

Werden die Interessen afrikanischer Eliten in den Blick genommen, muss notwendigerweise das für Afrika oft typische Verständnis von Macht und Politik erläutert werden. Obwohl es weitreichende Unterschiede zwischen den Staaten des Kontinents gibt, existieren trotzdem folgende Gemeinsamkeiten: Macht wird als patrimoniale Macht verstanden, nicht als Ausdruck des souveränen Willens des Volkes. Damit einhergehend spielt sich Politik in personalisierten Strukturen ab und Politikprozesse sind Ergebnis der Beziehung zwischen Patron und Klienten.

Damit kann zurecht von neopatrimonialen Strukturen gesprochen werden, denn Autorität wird kraft Person und Unterstützung durch einen Verwaltungs- oder Militärstab ausgeübt, während die Systemkennzeichen Willkür, persönliche Beziehungen und Unberechenbarkeit sind.¹⁷⁸ Daraus resultierend tritt auch das Phänomen des Klientelismus auf: Es bezeichnet ein informelles und auf gegenseitigen Vorteil gerichtetes Machtverhältnis, das sich zwischen einer ranghöheren und rangniedrigeren Person abspielt.¹⁷⁹ Die Klassen, die in afrikanischen Autokratien die herrschende Elite darstellen, begründen ihre Macht somit auf Unterdrückung, Abschreckung und Gewalt ebenso wie auf einer finanziellen Entlohnung von Systemtreuen.¹⁸⁰ Die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Raum sind fließend, so auch zwischen Politik und Wirtschaft. Eine dominante Rolle in der Wirtschaft, das heißt in der Regel, die Verfügungsgewalt über die Rohstoffvorkommen, ist nur über den Besitz politischer Macht möglich. Reichtum und Klassenmacht ist damit unmittelbar an politische Macht gekoppelt. Letztlich hat die Abwesenheit einer unabhängigen Bürgerschaft den Kampf um Politik in einen Kampf um Güter verwandelt. Der Kitt des politischen Systems ist folglich auch Korruption statt demokratischer Institutionen und Prozesse.¹⁸¹ In vielen afrikanischen Staaten, mit denen China Austausch pflegt, bestehen gravierend strukturelle Defizite. Neben Korruption und Klientelismus weisen viele Systeme eine begrenzte staatliche Handlungsfähigkeit, schwache Institutionen und eine Dominanz der Exekutive über die Legislative und Judikative auf. Folglich ist auch derjenige Akteur oder die Akteursgruppe im Besitz politischer Macht, der über den Rohstoffsektor verfügen kann. Diese Macht wird durch Korruptionszahlungen im Rahmen des Patronage - und Klientelsystems abgesichert.

¹⁷⁸ Vgl. Hofmeier, R./Mehler, A. (2004), S. 212.

¹⁷⁹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2006): Politiklexikon, Klientelismus.

¹⁸⁰ Vgl. Taylor (2009), S. 9.

¹⁸¹ Vgl. Taylor (2009), S. 10.

Deshalb sind vor allem im Rohstoffsektor extrem hohe Korruptionsniveaus die Regel. Damit wird Politik zum Nullsummen-Spiel, bei dem Ressourcen einen zentralen Charakter haben, da diese sowohl der Machterlangung als auch dem Machterhalt dienen. Dabei dient die Kontrolle über den Staat in erster Linie der Bereicherung der Führungselite.

8.1.2. Stützung von Korruption und Klientelismus durch chinesisches Engagement

Afrikanische Eliten bauen ihre Herrschaft auf ein für die Gesamtbevölkerung in der Regel schädigendes Fundament aus Korruption und Klientelismus. Die Demokratisierungsbereitschaft politischer Eliten gehören aber zu den Grundbedingungen von Demokratieentwicklung.¹⁸² Chinas bedingungslose und bereitwillige Zusammenarbeit mit diesen Eliten verstärkt hingegen exakt dieses Spannungsfeld. Auf Afrika als Gesamtbild bezogen, weisen insbesondere rohstoffreiche Staaten ein hohes Maß an Korruption auf. Folglich kann Ressourcenreichtum die Qualität staatlicher Institutionen tatsächlich verringern.¹⁸³ Die einseitigen Investitionen Chinas in den Rohstoffsektor kommen deshalb in erster Linie einer kleinen, elitären Schicht zugute. Hinzu kommen die enormen Verluste der Einnahmen durch Korruption, die vor allem im Erdölsektor ein großes Problem darstellen. Im Zuge von Vertragsabschlüssen sind Bonuszahlungen an die Eliten der betroffenen Länder häufig. Diese finanziellen Ressourcen werden also bereits im Vorfeld innerhalb eines bestimmten Elitezirkels verteilt, bevor sie überhaupt potenziell Einfluss auf den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand nehmen könnten und wirken damit als Bremsen für den Entwicklungsfortschritt eines Staates.

Diese Vorgänge erfahren selbstverständlich nicht lediglich durch Chinas Nachfrage nach Rohstoffen, sondern durch alle anderen Handelspartner eine Verstärkung. Der entscheidende Faktor, der China hier zu einem Unterstützer von Korruption werden lässt, ist das völlige Außerachtlassen von Initiativen zur Korruptionsbekämpfung: Beispiele für solche Initiativen sind etwa im Diamantensektor das ‚Kimberley Process Certification Scheme‘ (=KPCS), oder die Bemühungen der ‚Extractive Industry Transparency Initiative‘ (EITI) sowie von ‚Publish what

¹⁸² Vgl. Basedau (2003), S. 236.

¹⁸³ Vgl. Basedau (2009), S. 21.

you pay‘ im Rohstoffsektor,¹⁸⁴ um dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Aufschluss gibt etwa die Mitgliederliste von ‚Publish what you pay‘, auf der sich einige afrikanische Handelspartner finden, nicht jedoch China selbst.¹⁸⁵ Hohe Einnahmen im Ressourcensektor führen überdies hinaus in vielen Fällen dazu, dass Investitionen in Bildung und andere Wirtschaftssektoren vernachlässigt werden. Stattdessen werden die Einnahmen oft in überdimensionierte Prestigeobjekte investiert, die lediglich den Führungsanspruch elitärer Machtzirkel widerspiegeln, anstatt der Bevölkerung zugute zu kommen. Bei diesen Bauprojekten, die auch Teil der sinoafrikanischen Zusammenarbeit sind, handelt es sich meist um Bauten für die Regierungseliten oder um Großobjekte wie Fußballstadien. Diese fügen sich in das in der Regel in Afrika personalisierte Politikverständnis, indem sie das Selbstbewusstsein und Machtempfinden politischer Machthaber zusätzlich stärken. Die tatsächlichen Hintergründe dieser Finanzierungsangebote hingegen bleiben ihnen entweder verborgen oder liegen ohnehin nicht in ihrem Interesse.¹⁸⁶

Andere Infrastrukturprojekte, die durch chinesische Finanzierung zustande kommen, werden im Gegenzug als Mittel afrikanischer Machthaber genutzt, um der Bevölkerung den Erfolg der eigenen Politik zu suggerieren: Vielfach können diese Projekte nicht nur hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit sondern auch ihrer grundsätzlichen Geeignetheit hinsichtlich der Bedarfsstruktur eines Landes angezweifelt werden.¹⁸⁷ Nach Ian Taylor war es deshalb bisher einer der Hauptfehler westlicher Partner davon auszugehen, afrikanische politische Eliten seien in erster Linie am Wohl des eigenen Volkes – also einer Entwicklungsperspektive – interessiert, anstatt zu begreifen, dass dies meist nur zutrifft, wenn die jeweiligen individuellen Interessen der Führer mit den Entwicklungsplänen deckungsgleich sind.¹⁸⁸ Beijing hingegen hat dies begriffen und nutzt diese Eliteinteressen, ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerung, für die Verwirklichung seiner eigenen Handelsinteressen. Deshalb trifft zu: Das einseitige Investitionsverhalten Chinas im Rohstoffsektor wirkt als Motor der Verfestigung dieser Strukturen, statt deren Auflösung zu stützen. Interessanterweise könnten diese allerdings auch die langfristigen Ziele Chinas in der Afrikapolitik gefährden – die kurzfristigen, kommerziellen Erfolge Chinas lassen diese Problematik allerdings in den Hintergrund rücken.

¹⁸⁴ Vgl. Basedau (2009), S. 23.

¹⁸⁵ Vgl. Publish What You Pay (2011), S. 1-28.

¹⁸⁶ Vgl. Taylor (2009), S. 12.

¹⁸⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 12.

¹⁸⁸ Vgl. Taylor (2009), S. 11.

8.1.3. Stärkung des afrikanischen Selbstverständnisses

In den vergangenen Jahren hat Afrika sowohl in politischer, sicherheitspolitischer, ökonomischer und globalpolitischer Hinsicht an Bedeutung gewonnen.¹⁸⁹ Diese Entwicklung prägt auch das afrikanische Selbstverständnis, ein für globale Zusammenhänge prägender Akteur zu sein. Genau diesem Selbstverständnis kommt China mit dem Angebot einer gleichberechtigten Partnerschaft entgegen: „The African continent is an important force for world peace and development.“¹⁹⁰

Während vor zehn Jahren Afrika lediglich in Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit oder Konflikten auf verschiedenen Ebenen ins Zentrum des öffentlichen Interesse rückte, hat es sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem aktiven Akteur in internationaler Politik und Wirtschaft entwickelt. Verantwortlich dafür sind sowohl Probleme als auch Chancen, die die Regionen des Kontinents gegenwärtig prägen. So ist Afrika sicherheitspolitisch ein wichtiger Akteur geworden, an dessen aktiver Einbindung in internationale Politik kein Weg vorbei führt.¹⁹¹ Wichtig für die Entstehung eines neuen afrikanischen Selbstverständnisses weg vom Entwicklungshilfeempfänger hin zu einem bedeutsamen Parameter innerhalb der internationalen Beziehungen ist ebenso die schwindende Definitionsmacht des Westens. Ereignisse wie die Terroranschläge vom 11. September 2001, die Destabilisierung des Nahen Ostens und die Folgen des internationalen Terrors haben an der Machtposition westlicher Geberländer, insbesondere der USA, gerüttelt. Hinzu kommen globale Herausforderungen wie Energiesicherheit und Umweltschutz, die ohne Einbeziehungen Afrikas nur schwer angegangen werden können. Eine parallele Entwicklung gibt es auch in China, das aufgrund seines ökonomischen Erfolges auch ein neues Selbstbewusstsein hinsichtlich der Definition von Werten und Normen entwickelt hat.¹⁹² Auf dieses beidseitig neu erwachte Selbstbewusstsein und auf konstruierte Parallelen geht letztlich auch das Angebot einer ‚Süd-Süd-Partnerschaft‘ zurück. Grundsätzlich ist also von einem relativen Bedeutungsgewinn Teilen Afrikas, der sich in einer erhöhten internationalen Aufmerksamkeit für die Region und einer zunehmenden Einbindung Afrikas in Globalisierungszusammenhänge zeigt, auszugehen.¹⁹³

¹⁸⁹ Vgl. Tull (2007), S. 5

¹⁹⁰ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 1.

¹⁹¹ Vgl. Tull (2008), S. 4.

¹⁹² Vgl. Lynch (2007), S. 701.

¹⁹³ Vgl. Tull (2007), S. 3.

Hinsichtlich der Energiesicherheit und ebenso bezüglich seines Ressourcenreichtums, sowohl bezüglich der vorhandenen Quellen als auch deren Verfügbarkeit, ist Afrika für viele westliche Akteure ein ernstzunehmender Handelspartner geworden. Neben landwirtschaftlichen Produkten sind es vor allem nicht erneuerbare Rohstoffe, wie Öl oder im Bergbau gewonnene Diamanten und Erze, die für die weltweite Industrieproduktion unerlässlich sind.¹⁹⁴ Während der Energieverbrauch stetig zunimmt, sinkt die Produktion in einigen traditionellen Produzentenländern. Hinzu kommt, aufgrund der instabilen politischen Lage im Mittleren Osten eine Verunsicherung der Versorgung aus diesen Staaten. Insbesondere die USA waren aufgrund dieser Entwicklungen dazu gezwungen, Energielieferungen von der Konzentration auf den Persischen Golf zu lösen und neue Quellen zu erschließen.¹⁹⁵

Alle drei Faktoren führen notwendigerweise zu einer Diversifikation der Handelspartner im Energiebereich für westliche Konsumentenstaaten. Damit ist klar: Afrika kann sich jetzt seine Partner auswählen, ist nicht mehr nur Objekt internationaler Abläufe, sondern ein handelnder Akteur. Somit findet sich an dieser Stelle im Grunde die neu erwachsene Macht einiger afrikanischer Regionen: „Als Rohstoff- und Energiemarkt aber auch als Verbündeter und Partner in internationalen Organisationen (...) ist Afrika sowohl für die ‚alten Mächte‘ als auch für die neuen ‚global players‘ von Interesse.“¹⁹⁶ Das Angebot einer chinesischen Zusammenarbeit, die auf „Sincerity, friendship and equality (...)“¹⁹⁷ basiert, durch einen auf globaler Ebene bedeutenden Akteur wie China es ist, entspricht dem Selbstbild und Machtverständnis dieser Eliten. Genau auf dieses Selbstbild zielt die chinesische Aussicht auf weitere gegenseitige Staatsbesuche auf hoher Ebene.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Vgl. Basedau (2009), S. 21.

¹⁹⁵ Vgl. Tull (2007), S. 6.

¹⁹⁶ Klaeren, (2009), S. 3.

¹⁹⁷ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2

¹⁹⁸ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2

8.1.4. Diversifikation außenpolitischer Partner gemäß innenpolitischer Interessen

Das Bewusstsein dieser neuen Machtposition Afrikas spiegelt sich deshalb in der bereitwilligen Annahme chinesischer Kooperation wider, die mit ihrem letztlich attraktiveren Angebot einer scheinbar gleichberechtigten Partnerschaft exakt diesem neuen Selbstbewusstsein entgegenkommt. Für die afrikanische Seite bietet sich die Chance, die außenpolitischen Partner zu diversifizieren und mit China einen der neuen ‚global players‘ an sich zu binden.

Des Weiteren können durch das Beharren Chinas auf dem Souveränitätsprinzip autoritärer Regime ihre Macht festigen oder ausbauen, zudem wird China oft – ein Ergebnis der eigenen Selbstdarstellung – als Paradebeispiel einer erfolgreichen Entwicklung gesehen. Hinsichtlich der Diversifikation außenpolitischer Partner ist insbesondere die Verbindung zu China zu einer der wichtigsten Entwicklungen auf dem Kontinent nach dem Kalten Krieg. Das nahezu konditionslose Angebot einer strategischen Partnerschaft, die auf den fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz beruht, kommt dabei sowohl dem Bestreben nach einer souverän gestalteten Innenpolitik, etwa bezüglich der Perzeption von Menschenrechten, dem eigenen Machterhalt, als auch der Bestätigung des neuen Selbstbewusstseins entgegen.¹⁹⁹ Tatsächlich sind aber in diesem Spektrum positiver Folgen chinesischen Engagements meist politische Eliten die Profiteure. In der Tat führt etwa auch die erhöhte Nachfrage Chinas nach Rohstoffen zu einer Erhöhung der Preise auf dem Weltmarkt. Sie zwingt dadurch auch alle anderen auf Rohstoffe angewiesenen Länder dazu, hohe Preise zu bezahlen und erhöht so den Verhandlungsspielraum für Afrikaner.²⁰⁰

Insgesamt können chinesische Handlungsweisen als für Afrikas innenpolitische Strukturen negativ bezeichnet werden. Grundsätzlich verhindert China durch die strikte Einhaltung des Souveränitätsprinzips und des Einbeziehens der speziellen, personalisierten Machtstrukturen in Afrika, Entwicklung sowohl in ökonomischer Perspektive als auch hinsichtlich der Governance-Strukturen, was wiederum stimulierend auf soziale Konflikte wirkt.²⁰¹

¹⁹⁹ Vgl. Tull (2005), S. 5.

²⁰⁰ Vgl. Africa Confidential (2010): A slow return to growth, S. 8.

²⁰¹ Vgl. Taylor (2009), S. 10.

8.2. Auswirkungen auf die Bevölkerung insgesamt

Während sich auf Regierungsebene tatsächlich Chancen in Form einer win-win-Situation für afrikanische Elitezirkel ergeben, stellt sich die Frage, inwiefern die breite Bevölkerung vom chinesischen Engagement auf dem Kontinent profitiert. Dabei zeigt sich, dass durch diese Verbindung für die Bevölkerung Probleme, insbesondere hinsichtlich Arbeitsrecht, Governance-Standards, Umweltschutz, und Migration, entstehen oder sich verstärken.²⁰² Westliche Kritiker beziehen sich in dieser Frage in der Regel auf diese Punkte.

8.2.1. Negativfolgen chinesischer Menschenrechtsauffassung für Afrika

Der Kern des chinesischen Verständnisses von Menschenrechten ist, dass Entwicklung über allen anderen Handlungsparametern der Politik steht, auch über Menschenrechten. Bezüglich der Menschenrechtsfrage ist Chinas Präsenz deshalb auf zwei Arten problematisch für Afrika: Zum einen unterstützt es Regime wie in Sudan und Zimbabwe, in denen massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden, zum anderen läuft es bisherigen internationalen und afrikanischen Bemühungen im Menschenrechtsschutz zuwider. Die Durchsetzung der eigenen Interessen und Menschenrechtskonzepte stehen dabei vor internationalen Prinzipien. Während also für westliche Geberländer und Institutionen Afrikapolitik immer auch an Menschenrechte gebunden ist, bietet China eine konditionslose Zusammenarbeit an.²⁰³

Neben dem chinesischen Primats der eigenen Interessen, steht zunächst die von China proklamierte Ähnlichkeit zum afrikanischen Verständnis von Menschenrechten. Chinas Menschenrechtsdiskurs ist vom kommunitaristischen Prinzip der gegenseitigen Solidarität und Verpflichtungen geprägt und räumt der Gruppe und ihrer gesellschaftlichen Stabilität einen größeren Stellenwert als dem einzelnen Individuum ein. Deshalb sind aus chinesischer Sicht auch die Sicherheit von grundlegenden Gütern wie Nahrungsmitteln, wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit als Menschenrechte zu bezeichnen. Diese Güter stellt nun die chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit durch vertiefte Handelsbeziehungen in Aussicht.

²⁰² Vgl. Taylor (2009), S. 89.

²⁰³ Vgl. Taylor (2009), S. 90.

Aus chinesischer Sicht ist konditionslose Zusammenarbeit zugunsten florierender Wirtschaftsbeziehungen also der Menschenrechtswahrung nicht gegenläufig, sondern sogar deckungsgleich.²⁰⁴ Insbesondere in der Menschenrechtsfrage sind die ‚fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz‘, vor allem die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Wahrung staatlicher Souveränität, als Leitlinien der Politik zu sehen. Souveränität ist aus chinesischer Sicht das höchste aller Menschenrechte und garantiert gleichzeitig die Einhaltung aller übrigen Normen.²⁰⁵ Genau dieser Primat von Entwicklung und staatlicher Souveränität vor der Gewährleistung von Menschenrechten ist laut China die Parallele zwischen der afrikanischen und chinesischen Menschenrechtsperzeption.

Ein Kritikpunkt im Kontext der Menschenrechte in Afrika sind die Bereiche Arbeitsrecht und Umweltschutz: Die verstärkte ökonomische Aktivität Chinas bewegt sich in ohnehin prekären Bereichen, was soziale Standards, die sogenannte ‚Corporate Social Responsibility‘ (=CSR) betrifft – das wichtigste Beispiel in Afrika ist die Bergbauindustrie. Problematisch ist auch hier wiederum die grundsätzlich fehlende Transparenz in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen, aufgrund derer kaum prüfbare Berichte über die Verletzungen von Arbeitsrechten und anderen Normen vorhanden sind. Auf die Standards bei den Arbeitsbedingungen in chinesischen Firmen gibt es nach Berger allerdings tatsächlich Schwierigkeiten seitens der Regierung, auf private Firmen einzuwirken.²⁰⁶

Dafür spricht auch Taylors These über die wachsende Vielfalt der chinesischen Außenpolitikformulierung, die Ergebnis bürokratischer Interessen, lokaler Politiken, Korruption und anderer Probleme von Chinas kapitalistischer Entwicklung sind. Deshalb sollte die Annahme einer einheitlichen Agenda chinesischer Außenpolitikformulierung grundsätzlich kritisch betrachtet werden.²⁰⁷ Dieses Argument ist allerdings angesichts der Übermacht der KP Ch auf alle relevanten Bereiche der Gesellschaft eher fragwürdig.²⁰⁸ Hinzu kommt, dass die chinesische Perzeption von Menschenrechten afrikanischen Bemühungen um die Institutionalisierung von Sozialstandards entgegenläuft: Im NEPAD-Prozess nimmt ‚Corporate Governance‘ im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle ein und soll anhand von Leitlinien für angemessene Standards implementiert werden.²⁰⁹

²⁰⁴ Vgl. Taylor (2009), S. 92.

²⁰⁵ Vgl. Taylor (2009), S. 95.

²⁰⁶ Vgl. Berger (2009), S. 2.

²⁰⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 8.

²⁰⁸ Vgl. Heberer (2003), S. 61.

²⁰⁹ Vgl. OSAA (2001), S. 21.

Neben modernisierungsbereiten afrikanischen Staaten, stehen die ‚Paria-Staaten‘. China hält Handelsbeziehungen mit diesen Regimen, in denen Menschenrechtsverletzungen stattfinden und füllt somit die Lücke, die westliche Sanktionen genau aus diesem Grund dort hinterlassen haben. Dazu zählen neben Waffenlieferung nach Khartoum und der Blockade von Sanktionen gegen dieses Regime in Sudan auch die Unterstützung Zimbabwes mit Krediten und militärischer Ausrüstung. Als Gegenleistung erfolgte der Schulterschluss mit China in internationalen Foren.²¹⁰

Auch von afrikanischer Seite wird in diesem Kontext Kritik laut: Die westafrikanische Zeitung ‚Africa Public Agenda‘ prangerte 2006 an, dass Afrika seine bisherigen Erfolge im Menschenrechtsschutz für natürliche Rohstoffe opfere.²¹¹ Bezüglich Umwelt- und Arbeitsschutz, verletzen chinesische Banken bei ihrer Kreditvergabe regelmäßig das ‚equator-principle‘, eine freiwillige Verpflichtung, keine Kredite an Projekte zu geben, in denen Umwelt- und Sozialstandards verletzt werden.²¹² Letztlich legt China seine eigenen Maßstäbe für Governance und Menschenrechte an, wenn es in Afrika auftritt. ‚Paria-Staaten‘ stützt dieses Verhalten, während die konditionslose Anreizstruktur auch bisherige afrikanische Initiativen schwächt. Es ist möglich, dass Staaten, die bereits Fortschritte im Demokratisierungs- und Menschenrechtsprozess erreicht haben, die attraktive, weil ökonomisch profitable Partnerschaft mit China künftig gegen bereits erreichte Standards austauschen.

8.2.2. Blockade von ‚Good Governance‘: Beispiel NEPAD-Prozess

Darüber hinaus gehend impliziert der Terminus ‚Good Governace‘ einen normativen Anspruch indem er auch als Synonym für entwicklungsfördernde Maßnahmen und gute Regierungsführung gebraucht wird. Zudem bezieht er staatliche und nicht-staatliche Akteure ein. Kriterien dieser ‚guten Regierungsführung‘ sind Effektivität, Transparenz und Rechenschaft und an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierte Entscheidungen. Dadurch ist die Versorgung der Bürger durch öffentliche Güter und Dienstleistungen gewährleistet. Bei der Entwicklungszusammenarbeit geht es dabei um die Schaffung politischer Rahmenbedingungen für soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehören die Förderung von Demokratie und

²¹⁰ Vgl. Taylor (2009), S. 104.

²¹¹ Vgl. Taylor (2009), S. 98.

²¹² Vgl. Taylor (2009), S. 89.

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten und nicht zuletzt auch ein Kooperationswille auf internationaler Ebene.²¹³

In Afrika wurde das Ziel ‚Good Governance‘ zu etablieren vor allem durch den regionalen Prozess NEPAD vorangetrieben. NEPAD wurde 2001 gegründet und steht für die afrikanische Bekenntnis zur Eigenverantwortung für Transparenz, Rechenschaftspflicht, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Dieser Reforminitiative gehören inzwischen alle 53 Staaten der Afrikanischen Union an.²¹⁴ Bezüglich sino-afrikanischer Beziehungen ist dieser Prozess in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Einerseits besteht die Gefahr dessen potenzieller Unterwanderung durch Chinas Handlungsweise, andererseits könnte die Verlagerung der Prioritäten innerhalb des Programmes zugunsten chinesischer Präferenzen stattfinden. So beurteilt die EU-Kommission Chinas Präferenz für bilaterale Beziehungen anstelle eines mehrdimensionalen Governanceansatzes als Gefährdung bisheriger Erfolge der regionalen Zusammenarbeit.²¹⁵

NEPAD ist der Kristallisationspunkt der Demokratie-und Menschenrechtsagenda. Unter Paragraph 49 des Aktionsplanes erklären sich die Unterzeichner dazu bereit „Promoting and protecting democracy and human rights in their respective countries and regions (...).“²¹⁶ Als Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung steht die Erkenntnis, dass „African leaders have learnt (...) that peace, security, democracy, good governance and sound economic management are conditions for sustainable development.“²¹⁷ Beides widerspricht allerdings dem chinesischen Ansatz, ökonomische Entwicklung Menschenrechten und Governance überzuordnen. Folglich ist die von China proklamierte Parallelität zu Afrika in beiden Aspekten als Mittel zu sehen, das eigene Vorgehen zu legitimieren.

Unter den Punkt ‚The Economic and Corporate Governance Initiative‘ fällt das Ziel, die Qualität des Management von ökonomischen und öffentlichen Finanzen sowie ‚Corporate Governance‘ zu verbessern.²¹⁸ Tatsächlich gibt es etwa für die Extraktive Industrie Transparenzstandards im Rahmen des EITI, die sowohl auf die Transparenz der Verträge, insbesondere in der Ölindustrie, ebenso wie auf die Bekämpfung von Korruption in diesem Sektor abzielt. Bis dato hat China

²¹³ Vgl. BMZ (2009): Hintergrund – gute Regierungsführung als Rahmenbedingung für Entwicklung.

²¹⁴ Vgl. Jakobeit (2006), S. 1.

²¹⁵ Vgl. Tull (2008), S. 4.

²¹⁶ OSAA (2001), S. 10.

²¹⁷ OSAA(2001), S. 17.

²¹⁸ Vgl. OSAA (2001), S. 25.

allerdings nur geringe Bereitschaft gezeigt, sich in diesen Prozess einzubinden. Bietet China Zusammenarbeit auch abseits dieser regionalen Standards an, gibt es für afrikanische Staaten keine Anreize, den NEPAD-Prozess in diesem Bereich zu unterstützen.²¹⁹ Ebenso erkannten die afrikanischen Reforminitiatoren die Problematik des Rohstoffhandels als „(...) factor of production whose costs directly affect prices of other goods and services, and the competitiveness of other companies.“²²⁰ Die Folgen des sino-afrikanischen Handels im Rohstoffsektor wirken sich aber eben gerade verteuern auf die Preise anderer Güter und die Konkurrenzfähigkeit übriger Sektoren aus.

Afrika ist aufgrund seiner geographischen Lage und weiterer Mehrfachbelastungen einer der größten Leidtragenden des weltweiten Klimawandels. Auswirkungen sind die Rückgänge der Niederschläge und Temperaturveränderungen, die sich auch auf die für Afrika so zentrale Landwirtschaft, auf die öffentliche Gesundheit und auch auf die Nahrungsmittelversorgung auswirken.²²¹ Afrika trägt der dringende Reformnotwendigkeit Rechnung und macht Umweltschutz deshalb zu einer sektoralen Priorität für das NEPAD-Ziel der nachhaltigen Entwicklung: „It has been recognised that a healthy and productive environment is a prerequisite for the ‚New Partnership for Africa’s Development‘.“²²² Im Gegensatz zur chinesischen Sichtweise, die als Grundlage von Entwicklung wirtschaftliches Wachstum definiert, räumt NEPAD dem Umweltschutz auch für dieses Ziel eine maßgebliche Wirkung zu: „It has been demonstrated (...) that measures taken to achieve a healthy environmental base can contribute greatly to employment, social and economic empowerment and reduction of poverty.“²²³ Verletzungen umweltrechtlicher Standards durch China in Afrika finden etwa im Bereich Fischerei und illegalem Export von Tropenholz statt. Das Thema Umweltschutz wird auch im Zusammenhang mit dem G8-Dialog mit China zum Thema Klimawandel relevant: Chinas Umweltpolitik bewegt sich zwischen immensen Schädigungshandlungen sowohl im In- und Ausland und punktuellen Bekräftigungen der Regierung, sich für Umweltschutz einzusetzen. Damit ist zumindest ansatzweise eine Verhandlungsbasis zum Thema Umweltschutz gegeben – China zeigt bereits Bereitschaft, sich auf Standards in der Holzindustrie einzulassen.²²⁴

²¹⁹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 66.

²²⁰ OSAA (2001), S. 33.

²²¹ Vgl. Lossow (2009), S. 23.

²²² OSAA (2001), S. 44.

²²³ OSAA (2001), S. 44.

²²⁴ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 64.

Zudem könnte der chinesische Einfluss künftig auch zu einer Schwerpunktverschiebung der Prioritäten im NEPAD-Prozess führen. Da die Umsetzung der Aktionspläne über einzelne Mitgliedstaaten oder regionale Zusammenschlüsse abläuft und auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist, wird die künftige Richtung auch von Chinas Form der Partizipation abhängen. Neben den Reformzielen für Umweltschutz und Governance stellt ebenfalls der Infrastrukturausbau eine sektorale Priorität dar: „Infrastructure is one of the major parameters of economic growths, and solutions should be found to permit Africa to rise to the level of developed countries (...).“²²⁵ Sollte China sich tatsächlich in den NEPAD-Prozess einbinden, ist eine Prioritätenverschiebung von Governance hin zu Infrastrukturausbau und eher ökonomisch orientierten Aktionsplänen zu erwarten.²²⁶

Obwohl sich China in seinem Weißbuch zur Afrikapolitik eindeutig für eine Einbindung in diesen Prozess ausgesprochen hat, zeigen die gegenwärtigen Handlungsweisen, dass die Tendenz eher gegenläufig ist.²²⁷ Die positive Haltung gegenüber dem NEPAD Prozess kann sogar als strategisches Instrumentarium gedeutet werden um westliche und afrikanische Kritiker zu beruhigen, denn grundsätzlich bevorzugt China eigentlich bilaterale Partnerschaften um Abhängigkeiten zu konstruieren.²²⁸

8.2.3. Chinesische Migration

Neue Entwicklungen kennzeichnen die historisch bereits seit dem 19. Jahrhundert gegebene Migration chinesischer Bürger in afrikanische Länder: zum einen hat die chinesische Arbeitsmigration in den vergangenen Jahren in dem Maße zugenommen, in dem chinesische Unternehmen Projekte im Rahmen des Außenhandels, der Entwicklungshilfe und insbesondere der Direktinvestitionen auf dem Kontinent verfolgen, zum anderen setzte eine individuelle Arbeitsmigration chinesischer Kleinunternehmer ein.²²⁹ Hinzu kommt eine geringe Gruppe von Fachkräften – Mediziner oder Berater im landwirtschaftlichen Sektor - die im Rahmen intergouvernementaler Arrangements, etwa durch den FOCAC-Gipfel, in afrikanische Länder

²²⁵ OSAA (2001), S. 29.

²²⁶ Vgl. Ashe/Schüller (2008), S. 68.

²²⁷ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 7.

²²⁸ Vgl. Berger/Wissenbach (2007), S. 11

²²⁹ Vgl. Perret (2006), S. 9.

entsandt werden.²³⁰ Aus diesen Entwicklungen ergibt sich ein Konkurrenzdruck auf die afrikanische Bevölkerung, der für diese Negativfolgen hat.

Während die China selbst die Zahl chinesischer Arbeiter auf dem tiefst möglichen Schätzwert von 78 000 festlegt,²³¹ gibt es Schätzungen von westlicher Seite, die die chinesische Diaspora gegenwärtig auf 750 000 Personen festlegen.²³² Diese Divergenz zeigt, dass China sich der aus dem Migrationsproblem entstehenden Spannungen, die auch die eigene Interessenverwirklichung in Afrika gefährden könnten, entgegensteuern möchte. Zugegebenermaßen ist die tatsächliche Migrationszahl schwer festlegbar, denn illegale Einwanderung abseits formeller Einwanderungspolitik ist die Regel und in der Realität können die Botschaften vor Ort das tatsächliche Ausmaß der Migrationsbewegung nicht mehr überblicken.²³³ Die Mehrheit chinesischer Einwanderer konzentriert sich auf Südafrika, Nigeria, außerdem auf Sudan, Angola, Algerien und Mauritius. Trotzdem ist im Unterschied zu früheren chinesischen Auswanderungswellen festzuhalten, dass sich die Migration nun auf alle Staaten des Kontinents bezieht.²³⁴ Damit ist Afrika mit der bedeutsamsten Immigrationsbewegung seit dem Ende der Kolonialzeit konfrontiert: Neben der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt spielen die üblichen Kennzeichen sozial verursachter Massenemigration, wie der Nachzug der Familienmitglieder aus der Heimat, ebenso wie kulturelle, insbesondere sprachliche Barrieren, eine große Rolle.²³⁵

Im Blickpunkt antichinesischer Ressentiments stehen zum einem die Arbeitsmigranten, die im Rahmen von Infrastrukturprojekten angestellt sind, beim Aufbau von Fabriken involviert sind, oder in chinesischen Handelsagenturen vor Ort arbeiten.²³⁶ Bereits von Afrika aus arrangieren dort ansässige, von der chinesischen Regierung lizenzierte Agenturen jene Migrationsform. Es kann also durchaus von einer organisierten chinesischen Arbeitsmigration gesprochen werden, die eigene Arbeitskräfte gegenüber afrikanischen bevorzugt. Als Grund hierfür geben chinesische Quellen Kostenvorteile, kulturelle Affinität und die höhere Produktivität chinesischer

²³⁰ Vgl. Park (2009), S. 6.

²³¹ Vgl. Perret (2006), S. 9.

²³² Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

²³³ Vgl. Park (2009), S. 3.

²³⁴ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 30.

²³⁵ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

²³⁶ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 30.

Arbeitskräfte an.²³⁷ Viele Chinesen arbeiten folglich zeitlich befristet für chinesische Staatsunternehmen oder private Firmen in Afrika. Meistens handelt es sich hierbei um ein - bis zweijährige Verträge.²³⁸ Damit erzeugt nicht die dauerhafte Präsenz der Migranten, sondern die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt negative Wahrnehmungen.

Afrikanische Kritik an chinesischen Unternehmen bezieht sich auch auf die Arbeitsbedingungen für afrikanische Angestellte: Meist werden diese lediglich als Tagelöhner ohne Vertrag beschäftigt, während keine gezielte Weitergabe an Fachwissen erfolgt und selbst Fachkräfte erhalten oft keine adäquate Bezahlung. Auch bezüglich der Arbeitsweise treten chinesische Arbeitskräfte in Wettbewerb mit afrikanischen Kollegen. Aufgrund ihres strikten Arbeitsethos' entstanden bereits Gerüchte, es handele sich um Zwangsarbeiter, die in Afrika ihren Strafdienst ableisten.²³⁹ Für diese These gibt es keine haltbaren Beweise – vermutlich sind sie lediglich Ausdruck des durch den Wettbewerb entstandenen Spannungsfeldes.

Dennoch zeigt sich auch hier wieder: eine kurzfristige Profitchance ist gegeben, denn immerhin werden durch das chinesische Engagement Arbeitsplätze geschaffen. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind allerdings nicht auf Nachhaltigkeit sondern auf eine zeitlich befristete Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen, ausgelegt.²⁴⁰ Deshalb werden in erster Linie nicht neue Arbeitsplätze für Afrikaner sondern für Chinesen geschaffen. Zum anderen nimmt die individuelle Migration kleiner Unternehmer stetig zu. Diese sind in der Regel Händler oder Restaurantbesitzer, die über informelle Netzwerke, oftmals illegal, nach Afrika gelangen.²⁴¹ An dieser Stelle tritt wiederum die Problematik billiger chinesischer Importgüter in Erscheinung, die den afrikanischen Markt überschwemmen, denn meist handeln diese Unternehmen mit alltäglichen Konsumgütern, Textilien und Bekleidung und stellen dadurch eine ernstzunehmende Konkurrenz für lokale Hersteller dar. Diese Konkurrenzsituation führt vielfach zu sozialer Spannung zwischen beiden Gruppen.²⁴² Letztlich lässt sich feststellen, dass chinesische Migration, ob aufgrund kultureller Spannungen in den ohnehin bereits sehr heterogenen afrikanischen Gesellschaften oder der faktischen Benachteiligungen der Afrikaner auf dem heimischen Arbeitsmarkt, von der afrikanischen Bevölkerung überwiegend als negativ wahrgenommen wird.

²³⁷ Vgl. Park (2009), S. 6.

²³⁸ Vgl. Park (2009), S. 2.

²³⁹ Vgl. Marfaing (2010), S. 6.

²⁴⁰ Vgl. Marfaing (2010), S. 3.

²⁴¹ Vgl. Park (2009), S. 6.

²⁴² Vgl. Perret (2006), S. 9.

Hier spielt sicher das historische Trauma der Kolonialisierung eine Rolle, welches der Grund für die grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber Fremden auf dem Kontinent ist. Die Medienberichterstattung hat zur verstärkten negativen Perzeption chinesischer Einwanderer in Afrika beigetragen²⁴³

9. Fallstudie Sambia: antichinesische Perzeption aufgrund von Migrationsproblemen und Menschenrechtsverletzungen

In der sambischen Bevölkerung ist eine anti-chinesische Haltung zu verzeichnen. Diese Perzeption hat drei Gründe: die Dominanz chinesischer Investoren im Minensektor, die in diesem Zusammenhang stattfindenden Menschenrechtsverletzungen und die hohe Zahl chinesischer Arbeitsmigranten in den städtischen Bereichen, die als Handelskonkurrenz empfunden werden. In Sambia tritt diese Negativhaltung deshalb scheinbar so deutlich zutage, da der Oppositionspolitiker Sata sie zum Thema seines erfolgreichen Wahlprogramms gemacht hatte.

9.1. Bestandsaufnahme: Chinesische Investition und chinesische Migranten in Sambia

In Sambia ist die Gesamtmigration der Chinesen im afrikanischen Vergleich eigentlich gering: So bewegten sich die geschätzten Zahlen für 2007 in einer weiten Spannbreite zwischen 2 300 und 80 000 Personen.²⁴⁴ Fakt ist aber, dass die Gesamtzahl gegenüber 2001 erheblich angestiegen ist,²⁴⁵ und deren Großteil in der Hauptstadt Lusaka konzentriert ist.²⁴⁶ Letzteres wird als enormes soziales Spannungspotenzial wahrgenommen, da Konkurrenzsituationen im Einzelhandel entstehen.²⁴⁷

²⁴³ Vgl. Park (2009), S. 10.

²⁴⁴ Diese Zahlen basieren auf Medienquellen, den Angaben chinesischer und deutscher Botschaften sowie der GTZ-Information. Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

²⁴⁵ Vgl. Vgl. Perret (2006), S. 8.

²⁴⁶ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

²⁴⁷ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

Chinesische Quellen geben, wie bereits erläutert, üblicherweise das geringste Niveau einer geschätzten Bandbreite an Migranten an. Einen Grund für die von afrikanischer Seite hohe zahlenmäßige Einschätzung und damit für die große Spannweite der Daten, sieht Park in den starken anti-chinesischen Ressentiments, die sich in der jüngeren Vergangenheit in Sambia abspielten und sowohl medialen, sozialen und politischen Antrieb erfuhren. Als Beleg für diese These sieht Park, die die Maximalzahl der Chinesen in Sambia bei 40 000 Menschen veranschlagt, die Tatsache, dass sich auch in Namibia ein ähnlich großer Unterschied zwischen chinesischen und afrikanischen Zahlen zeigt, wo es ähnliche soziale Spannungen gab.²⁴⁸

Allerdings sind es gerade diese anti-chinesischen Ressentiments in Sambia, die Aufschluss über die Perzeption des chinesischen Einflusses seitens der Bevölkerung geben. Dass solch eine Gegenbewegung in Sambia entsteht, ist kein Zufall: Eine vergleichsweise starke Zivilgesellschaft war auch in der Vergangenheit ein wichtiger Motor auf dem Weg zur Demokratisierung und spielt auch gegenwärtig noch eine große Rolle.²⁴⁹ Interessant ist im Fall Sambia außerdem, dass eine Gruppe chinesischer Arbeitsmigranten die Landwirte darstellen, die sich bereits im Blickpunkt sambischer Kritiker befinden, obwohl genaue Zahlen zu dieser relativ neuen Migrantengruppe auch hier nicht verfügbar sind.²⁵⁰ Trotzdem sind auch in diesem Fall wiederum Aufschlüsse über afrikanische Perzeptionen möglich, denn Landnutzung und Ernährungssicherheit stellen zwei sensible Themen in Sambia dar. Im Grunde geht es hierbei um große Landflächen, die von chinesischen Investoren für den Anbau von Jatropha genutzt würden. Ein neues Joint Venture auf der Basis einer Grundinvestition von 400 Millionen Dollar, das zwischen der Privatfirma ‚Biomass Zambia PLC‘ und der chinesischen Firma ‚Walhan Kaida‘ geschlossen wurde, beinhaltet Anbau und Weiterverarbeitung der Pflanze Jatropha, auf deren Basis Biodiesel erstellt wird. Lokale Bauern befürchten, dass bereits ohne diese neue Investition chinesische Kleinbauern die sambische Konkurrenz in die Armut treiben. Die negativen Sichtweisen auf dieses Projekt sind besonders vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Nahrungsmittelknappheit nachvollziehbar.²⁵¹

²⁴⁸ Vgl. Park (2009), S. 3.

²⁴⁹ Vgl. Mair (2009), S. 72.

²⁵⁰ Vgl. Park (2009), S. 8.

²⁵¹ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Banda bags a Million, S. 6.

9.2. Chinesische Präsenz als Wahlkampfthema der Präsidentschaftswahlen 2006

Ein Hinweis auf die negative Perzeption chinesischer Präsenz in Sambia ist das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen 2006, bei denen ein antichinesisches Wahlprogramm auf hohen Zuspruch in der Wahlbevölkerung traf. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 konnte Kandidat Michael Sata für die Patriotic Front 29% der Stimmen für sich gewinnen und Hakainde Hichilema von der (UDA) (=United Democratic Alliance) 24% der Stimmen. Beide gelten als die Hauptkontrahenten der Regierungspartei. Levy Mwanawasa gewann für diese wieder das Präsidentschaftsamt mit 43% der Stimmen für seine MMC (=Movement for Multiparty Democracy), der auch der jetzige Präsident Rupiah Banda angehört.

Im Ergebnis blieb zwar der Sieg für Mwanawasa, der Verlust der absoluten Mehrheit gegenüber einem extremen Zugewinn der Oppositionspartei steht trotzdem für eine Machtverschiebung in der sambischen Politik. Trotz des Siegs der MMC konnte Sata durch seine Wahlkampfstrategie vor allem die Präferenzen der Bürger der Hauptstadt Lusaka und derer im Copperbelt auf sich vereinen, indem er Gesundheitsversorgung, Wohnsituation und Arbeitslosigkeit in Bezug auf die Rolle chinesischer Investoren im Land zum Thema seiner Kampagne machte. Insgesamt verbesserte Sata sein Ergebnis so im Vergleich zu 2001 um 26 Prozentpunkte. Dabei stand ein persönlicher Schlagabtausch Mwanawasa und Satas über die Rolle chinesischer Investoren im Zentrum des Wahlkampfes.²⁵²

Sata läutete den Wahlkampf mit dem Versprechen ein, im Falle eines Wahlsieges alle chinesischen, indischen und libanesischen Händler aus den Stadtzentren des Landes zu verweisen, da diese als aggressive Konkurrenten sambischer Händler empfunden würden und somit deren Existenzgrundlage zerstörten. Daran entzündete sich ein genereller Schlagabtausch über die Rolle chinesischer Investoren in Sambia: Sata prangerte diese als rücksichtslose Nutznießer sambischer Ressourcen und Arbeitskräfte an, während Levy die Gegenposition vertrat und seine Investorenpolitik als Garant für Wachstum und Arbeitsplätze bezeichnete.²⁵³ Aber auch er band das Thema chinesischer Investoren in seinen Wahlkampf ein, und demonstrierte die positiven Auswirkungen des chinesischen Engagements, indem er bei seinem Wahlkampf im Copperbelt in

²⁵² Vgl. Botterweck (2006), S. 2.

²⁵³ Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

Begleitung chinesischer Begleiter auftrat. Bei Sata spielte die Migrationsproblematik und die damit verbundene steigende Konkurrenz im Handelssektor die entscheidende Rolle. Da Sata einen Großteil seiner Stimmen der städtischen Bevölkerung zu verdanken hat, lässt sich annehmen, dass dieses Versprechen die Präferenzen der Stadtbevölkerung widerspiegelte. Insgesamt war der Wahlkampf allerdings durch persönliche Auseinandersetzung der beiden Hauptkandidaten, statt durch Lösungskonzepte für wirtschaftliche und soziale Probleme Sambias gekennzeichnet.²⁵⁴

Wie bedeutend das Thema chinesischen Einflusses in der Kampagne Satas war, zeigt auch eines seiner außenpolitischen Ziele, nämlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan. Die Folge Satas' Handeln trafen die sambisch-chinesischen Beziehungen empfindlich. Erst eine öffentliche Entschuldigung des amtierenden Präsidenten für Satas Handeln und eine weitere Zusicherung des Ein-China-Prinzips lösten den Konflikt.²⁵⁵ Insgesamt zeigt die Wahlkampfstrategie beider Kandidaten, welches Spannungsfeld sich um chinesische Investition und Migration bewegt. Dessen Stellenwert im öffentlichen Diskurs gibt Aufschluss über die Perzeption chinesischen Engagements in der Bevölkerung gibt.

9.3. Die aktuelle Form chinesischer Präsenz in Sambia: Investitionen, Arbeitsschutz und Menschenrechte

Mit seinem anti-chinesischen Programm versucht Sata auch für die im Jahr 2011 anstehende Wahl die Unterstützung von den tausenden jungen Arbeitslosen der Städte zu gewinnen. In Sambia entzündet sich gegenwärtig wiederum ein seit längerem existierender, innenpolitischer Konflikt an chinesischen Investitionen im Kupferminensektor: So hat Sata aufs Neue sein Wahlprogramm an den Ressentiments der Bevölkerung gegen die chinesische Präsenz vor Ort ausgerichtet. Aktuell bietet hier die CDB mit 5 Milliarden US-Dollar einen Kredit als Anreiz für chinesische Firmen, weiter in den sambischen Bergbau zu investieren. Dies ist das Ergebnis eines Vertrages mit der chinesischen Entwicklungsbank und dem sambischen Bergbauminister.²⁵⁶ Die tatsächlichen Folgen der Investitionen würden sich laut Sata aber nur für die Chinesen auszahlen, während

²⁵⁴ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 9.

²⁵⁵ Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

²⁵⁶ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Beijing digs deeper into zambian mines, S. 7.

Sambia nur Nachteile in Form einer chinesischen Dominanz dieses wichtigen Wirtschaftssektors erfahren würde. Die ‚China-Non-Ferrous-Metal-Mining Corporation‘ etwa will 600 Millionen Dollar Projekt für Bergbau in den Minen von Luanshya und Chambishi lancieren.²⁵⁷ Dieses chinesische Unternehmen befindet sich gerade auf dem Weg, eines der größten Produzenten nicht-eisenhaltiger Metalle zu werden. Sambia ist eine Schlüsselkomponente für diese Entwicklung. Neben den Investitionen in die Kupfermine Luanshya und Chambishi erfolgten weitere Investitionen im Rahmen der verarbeitenden Industrie,²⁵⁸ etwa durch den Bau einer Schmelzhütte (Chambishi Copper Smelt Ltd.), oder einer Produktionsfabrik für Sulfursäure.

In Regierungsgesprächen stehen zudem tiefere Aktivitäten im Rahmen der ‚Zambia & China Economic & Trade Cooperation‘ auf dem Plan: Bisher geht es bei dieser Kooperation um eine Freihandelszone für den Import chinesischer Materialien für Hoch- und Tiefbau. Einbezogen ist gleichzeitig eine Garantie über die Einstellung 4 000 Sambier.²⁵⁹ Laut Sata käme die neue Investition trotzdem lediglich chinesischen Firmen zugute. Er verweist darauf, dass bereits vor dieser neuen Investition der Kupfersektor in chinesischer Hand gewesen sei. Tatsächlich ist das größte Unternehmen im Kupferbau die chinesische ‚China-Non-Ferrous-Metal-Mining Corporation‘.²⁶⁰

Mit seiner Haltung entspricht er einer gegenwärtigen anti-chinesischen Perzeption in Sambia, die allerdings nicht nur durch wirtschaftliche Dominanz hervorgerufen wurde sondern durch ein bestimmtes Ereignis im Umkreis der Verletzungen von Arbeitsschutz im Minensektor zusätzlichen Antrieb erfuhr: Im Oktober 2010 erschossen chinesische Manager 21 gegen Arbeitsbedingungen protestierende Arbeiter in einem Kohlebergwerk. An diesem Punkt entzündet sich ein innenpolitischer Konflikt, denn während der amtierende Präsident Rupiah Banda den Vorfall verharmlost, scheint Sata mit seiner Rhetorik den Bevölkerungsperzeptionen entgegenzukommen. Die Positionen beider Parteien sind klar: Während Banda die positiven Folgen des nun insgesamt 1 Milliarde US-Dollar umfassenden Engagements und die dadurch 15 000 neu geschaffenen Arbeitsplätze hervorhebt, entspricht Sata den Ressentiments in der Bevölkerung. Die umstrittene

²⁵⁷ Vgl. Africa Mining Intelligence (2010): A New Copper Hub-for China. S. 1.

²⁵⁸ In den meisten Fällen liegt Kupfer als Erz vor, das lediglich etwa 0,5 % bis 4% Kupfer enthält und bedarf je nach Erz (sulfidisch oder oxidisch) einer Extraktion durch Aufbereitung in Flotationsanlagen unter Zusatz von Wasser und anderen Chemikalien bei sulfidischen Erzen, durch Laugung bei oxidischen Erzen. Vgl. Deutsches Kupferinstitut (1997), S. 6.

²⁵⁹ Vgl. Africa Mining Intelligence (2010): A New Copper Hub-for China. S. 1.

²⁶⁰ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Beijing digs deeper into zambian mines, S. 7

Kupfermine Chambeshi etwa hat von 2 000 Arbeitern nur 52 fest Angestellte. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Personalpolitik der Chinesen, die sowohl Managementpersonal als auch Facharbeiter und ungelernete Arbeitskräfte aus China mitbringen, während gelernte Sambier zunehmend von ungeschultem chinesischem Personal ersetzt werden. Folglich werden tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen, die dann aber entweder von Chinesen eingenommen werden oder sambische Fachkräfte in niedrigere Positionen zwingen.²⁶¹ Afrikanische Arbeiter erhalten lediglich Niedriglöhne und nur auf kurze Zeit befristete Verträge: Ebenso kritikwürdig sind die dortigen Sicherheitsbedingungen, die zu einer Reihe von Arbeitsunfällen führten und schließlich bei einer Explosion 50 Menschen das Leben kostete.²⁶²

Arbeitsschutz ist ein zentrales Problem: Laut der ‚Mineworker's Union of Zambia‘ haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtert und chinesische Investoren weigern sich schlicht gemeinsam mit der Vereinigung Vereinbarungen zum Thema Arbeitsschutz zu unterzeichnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern derweil zumindest eine Verbesserung der Staatsfinanzen durch die Bergbauindustrie zu erreichen: Etwa 11 Prozent des ökonomischen Outputs stammt aus diesem Sektor, während die Steuer dort lediglich 1 Prozent beträgt. Eine Sondergewinnsteuer könnte zumindest eine Sanierung des Staatshaushalts leisten. Da allerdings zu Beginn asiatische Investoren gerade durch diesen niedrigen Steuersatz Zambia als attraktiven Standort empfanden, ist eine nachträgliche Vertragsänderung nur schwer durchsetzbar. Damit besteht gegenwärtig weder ein Ausweg aus der Abhängigkeit von chinesischen Investoren noch die Aussicht auf eigene Gewinnchancen.

Bezüglich der Innenpolitik und Entwicklungshilfe zeigt der Fall Zambia deutlich, welche zentrale Bedeutung die afrikanische Interpretation des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hat: Präsident Banda forderte im August 2010 aufgrund deren angeblicher Einmischung in interne Angelegenheiten Zambias westliche Hilfsorganisationen zur Abreise auf. Um wiedergewählt zu werden, muss Banda die Infrastrukturprojekte erfolgreich umsetzen, dafür aber ist er auf externe Unterstützung angewiesen. Chinesische Anbieter sind hierfür die unkomplizierteren Partner.²⁶³

²⁶¹ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 5.

²⁶² Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 60.

²⁶³ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 5.

Als Bestandsaufnahme im Fallbeispiel Sambia kann festgehalten werden, dass ein erfolgreicher Wahlkampf, geführt mit einer anti-chinesischen Propaganda tatsächlich negative Perzeptionen in der Bevölkerung zum chinesischen Einfluss enthüllt. Wie stark diese allerdings bereits vorher bestand, ist nicht nachweisbar. Eine Rolle hat sicherlich auch eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land gespielt, die durch das als aggressiv und populistisch bekannte Auftreten Satas, der im Volksmund aus diesem Grund auch ‚King Cobra‘ genannt wird, geschürt.²⁶⁴ Tatsächlich begutachten auch externe Beobachter die sambisch-chinesische Verflechtung kritisch: Chris Alden, ein Professor der ‚London School of Economics‘, wies auf eine fehlende Strategie seitens der Sambier hin, die den klar strukturierten Interessen und Zielen der chinesischen Akteure deutlich unterlegen sei: „Until such a strategy exists, the country may have plenty of stadiums but it will still be in need of agricultural, educational and infrastructure development.“²⁶⁵

10. Fazit

Ziel der vorliegenden Studie war es, ausgehend von den chinesischen Zielen der sinoafrikanischen Partnerschaft die Gewinne und Verluste für die afrikanischen Partner zu eruieren. Zunächst zeigte sich, dass die politischen und wirtschaftlichen Interessen Chinas sowie die Interessenwahrung afrikanischer Eliten die Gestalt chinesisch-afrikanischer Beziehungen formen. Beide Akteursgruppen können so ihre Interessen umsetzen: Auf der Ebene der internationalen Beziehungen gewinnt China Verbündete, während afrikanische Staaten von der Vetoposition Chinas im UN-Sicherheitsrat profitieren können. Außerdem ist die spezifische Herangehensweise Chinas bezüglich der diplomatischen Beziehungen attraktiv. Diese stützt das Machtempfinden der führenden Eliten durch repräsentative Besuche und großzügige Schenkungen, statt wie westliche Akteure, Ansprüche an innenpolitische Maßstäbe zu erheben. Die ‚fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz‘, mit denen China an sein Engagement in Afrika herantritt, dienen zudem der Konsolidierung autoritärer Systeme und damit dem Machterhalt der Eliten vor Ort, da für Demokratisierung keinerlei Anreiz besteht. Die bloße Präsenz und Einflussnahme auf dem traditionell von westlichen Mächten dominierten Kontinent dient gleichzeitig als Symbolisierung

²⁶⁴ Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

²⁶⁵ Africa-Asia Confidential (2010): Banda bags a million, S. 6.

des neuen, modernen Chinas, das sich wieder als zentraler Akteur in der internationalen Politik platziert hat.

Doch bereits hier zeigen sich Asymmetrien: die von China zugesagte Süd-Süd Partnerschaft wird dann einseitig aufgekündigt, wenn China andere, bessere Möglichkeiten einer Interessenverwirklichung findet. Auch bezüglich der Rohstoffinteressen können zunächst beide Parteien profitieren, denn China kann so die Zusammensetzung seiner Rohstofflieferanten diversifizieren und gleichzeitig durch die mit den Investitionen verbundenen Infrastrukturprojekte der eigenen Wirtschaft, meist dem Bausektor, Auftrieb geben. Afrika kann durch die von der Nachfrageerhöhung induzierten Preiserhöhung für seine Rohstoffe in diesem Sektor höhere Gewinne erzielen, außerdem bietet die chinesische Form der Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich die dringend benötigten Infrastrukturprojekte. Damit kann in dieser Akteurskonstellation im Sinne der Rational-Choice-Theorie zunächst tatsächlich von einer win-win Situation gesprochen werden.

Doch genau dieser Fokus auf Afrikas Rohstoffvorkommen ist langfristig negativ für Afrika, so wird die ohnehin bestehende Abhängigkeit von einem Wirtschaftssektor und damit das Rohstoffparadoxon nur verstärkt und auch die Preiserhöhung wirkt sich negativ auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Zudem ist die Umsetzung der Entwicklungshilfeprojekte in ihren positiven Wirkungen in Frage zu stellen: im Rahmen des ‚Angola-Modus‘ bleiben Vertragsdetails oft intransparent und können damit zu Lasten der afrikanischen Partner ausfallen, zumal da ihre Gestaltungsmöglichkeiten bei den Vertragsinhalten eingeschränkt sind. Trotzdem muss anerkannt werden, dass in Afrika selten die so wachstumsnotwendige Infrastrukturvorhaben so rasch und weiträumig umgesetzt wurden wie derzeit. Damit verbunden ist aber wiederum im Gegensatz dazu die Problematik afrikanischer Neuverschuldung für eventuell nicht nachhaltig angelegte Infrastrukturprojekte, die gegenüber zuvor erfolgten Schuldenerlassen paradox erscheinen. An dieser Stelle greift nochmal das Rohstoffparadoxon, aufgrund dessen in afrikanische Staaten trotz deren Ressourcenreichtums keinen wesentlichen Wohlstandzuwachs stattfinden kann. Letztlich stützt China mit seiner rohstoffgebundenen Entwicklungszusammenarbeit dieses Spannungsverhältnis. Desweiteren problematisch ist die Verknüpfung der Ressourcenausbeutung mit der Frage nach Sicherheit und Stabilität: Meist sind die betroffenen Staaten, wie etwa Angola, durch ein hohes Maß an Korruption gekennzeichnet, die durch die Präsenz internationaler

Investoren wie China nur verstärkt wird.²⁶⁶ Kritikwürdig sind auch die chinesischen Billigexporte nach Afrika, die für China einen neuen Absatzmarkt bieten, dadurch aber afrikanische Märkte zerstören. Allerdings hat das Beispiel des Textilhandels gezeigt, dass in diesem Fall die ungleichgewichtige Arbeitsteilung der Globalisierung der Motor dieses Verhältnisses ist und damit nicht allein China als Schadensverursacher gesehen werden kann.

Anders sieht die Perzeption in der afrikanischen Bevölkerung aus: Die zunehmende Migration chinesischer Händler und Arbeiter wird als Bedrohung für den eigenen Arbeitsmarkt empfunden, hinzu kommt die Verletzung von Arbeitsrechten durch chinesische Firmen. Die Wahlen in Sambia können als Symbolisierung dieser der afrikanischen Elitemeinung gegenläufigen Haltung der Bevölkerung interpretiert werden. Es wird deutlich, dass das chinesische Engagement in Afrika von den betroffenen Teilen der Bevölkerung als nachteilig empfunden wird. Außerdem zeigt sich: Afrika ist sich auch gegenüber China seiner neuen Machtposition bewusst, wofür die Nutzung Satas des ‚Ein-China-Prinzips‘ als Druckmittel gegenüber China ein Indiz ist. In langfristiger Perspektive ergibt sich also für Afrikas Bevölkerung insgesamt ein Verlustgeschäft, da die chinesische Herangehensweise an diese Partnerschaft Auswirkungen auf das Regierungshandeln afrikanischer Staaten hat.

Es stützt mit seiner konditionslosen Entwicklungshilfe autoritäre Regime, Korruption und Klientelismus anstatt dagegen anzukämpfen. Bemühungen um ‚Good-Governance‘ und Menschenrechte, wie sie etwa durch den NEPAD-Prozess angestoßen wurden, werden ins Abseits gedrängt, da sich schlicht alternative Handlungsoptionen bieten. Trotz dieses Befundes muss bemerkt werden, dass diese Kritikpunkte zwar zutreffen, allerdings nicht ausschließlich chinesischem Einfluss angelastet werden können. So hat der NEPAD-Prozess unabhängig von China bisher nicht alle eigenen Ansprüche erreicht.²⁶⁷ Trotzdem ist gerade in diesem Anfangsstadium der Reform eine Prioritätenverschiebung innerhalb der NEPAD-Zielsetzungen aufgrund chinesischen Einflusses möglich. Problematisch bleibt besonders die absolute Ablehnung globaler Standards von Demokratie und Menschenrechten durch China. Ein Gegenmittel hierfür wäre eine kohärente und auf Nachhaltigkeit abzielende Entwicklungsstrategie für Afrika, die diese Standards einbindet. Fakt ist, dass China keineswegs als ein altruistischer Akteur in Afrika auftritt. Werden der Zusammenarbeit aber Rahmenbedingungen, insbesondere die Integration in regionale

²⁶⁶ Vgl. Berger/Wissenbach (2007), S. 18.

²⁶⁷ Vgl. Jakobeit (2006), S. 4.

Reformprozesse, die Umsetzung von Transparenzstandards im Rohstoffbereich gesetzt, kann der Schaden für die Bevölkerung begrenzt werden. Zudem ist China nicht der einzige Akteur, der in Afrika wirtschaftliche Interessen verwirklichen will²⁶⁸ Auch kann das wieder erwachte Interesse des Westens an der Region in Form der Kritik am chinesischen Vorgehen auch als Reflex auf die Präsenz Chinas gedeutet werden, die eigene Interessenlagen gefährden könnte und sich nicht aus einem Verantwortungsbewusstsein für die Entwicklung Afrikas speist.²⁶⁹

Letztenendes ist festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen China und seinen afrikanischen Partnern asymmetrisch zugunsten Chinas konstruiert ist und daher auch definitiv die Möglichkeit eines Verlustgeschäftes für afrikanische Partner und dabei insbesondere für die Bevölkerung insgesamt birgt. Damit sind es letztlich nicht nur Form und Interessenhintergrund des chinesischen Vorgehens in Afrika, sondern auch genuin afrikanische Problemfelder, die innenpolitische Strukturen und das spezifisch afrikanische Politikverständnis umfassen, welche Chinas Auftreten in Afrika besonders risikobehaftet erscheinen lassen. Als Perspektive sollte es deshalb leitend sein, innerafrikanische Reformprozesse zu stärken um Risiken durch Außenbeziehungen generell zu minimieren.

²⁶⁸ Vgl. Africa Confidential (2010): A slow return to growth, S.8.

²⁶⁹ Vgl. Tull (2010), S. 5.

11. Literaturverzeichnis

11.1. Printpublikationen

Africa-Asia Confidential (2010): A year to mend broken promises, Volume 3, Number 3, Januar 2010, S. 1-2.

Africa-Asia Confidential (2010): Banda bags a Million, Volume 3, Number 5, März 2010, S. 6.

Africa-Asia Confidential (2010): Beijing digs deeper into zambian mines, Volume3, Number 7, Mai 2010, S. 7.

Africa-Asia Confidential (2009): Blood and Money in the streets, Volume 2, Number 12, Oktober 2009, S. 1-3.

Africa-Asia Confidential (2010): East-West-Highway to trouble, März 2010, Volume 3, Number 5, S. 1-2.

Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, Volume 51, Number 23, 19. November 2010, S. 5.

Africa-Asia Confidential (2010): Reshuffling Luanda's Beijing connection, Volume 3, Number 5, März 2010, S. 5.

Africa Confidential (2010): A slow return to growth, Volume 51, Number 2, 22. Januar 2010, S. 8.

Africa Confidential (2010): Dos Santos prepares for power, again, Volume 51, Number 5, 19. Februar 2010, S. 8.

Africa Confidential (2010): Africa/Economy. Out of the dip, Volume 51, Number 9, 30. April 2010, S. 4.

Africa Confidential (2010): Football, contracts and then votes, Volume 51, Number 1, Januar 2010, S. 9.

Africa Mining Intelligence (2010): A New Copper Hub-for China, Number 231, 21. Juli 2010, S.1.

Afrika Verein der deutschen Wirtschaft e.V. (Hrsg.) (2009): Vision Afrika. Hamburg, Leinebergland Druck GmbH und Co. KG.

Basedau, Matthias (2003): Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsharischen Afrika. Ein systematischer Vergleich ausgewählter Länder. Opladen, Verlag Leske und Budrich.

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007): Einleitung. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance.

Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 9-27.

Hartmann, Jürgen (2009): Internationale Beziehungen. 2. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heberer, Thomas (2003): Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan. Opladen, Leske und Budrich. S. 19 – 117.

Hofmeier, R./Mehler, A. (2004): Kleines Afrikalexikon. Politik, Wirtschaft, Kultur. München, Beck-Verlag.

Illy, Hans F. (2002): Autoritäre Regime, in: Mabe, Jacob E. (Hrsg): Das kleine Afrikalexikon. Stuttgart, Carl Ernst Poeschl Verlag.

Lynch, Daniel C. (2007): Envisioning China's Political Future: Elite Responses to Democracy as a Global Constitutive Norm, in: International Studies Quarterly, Jg. 51, Nr. 3, S. 701-722.

Opitz, Peter J. (2008): China auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Grundlinien der chinesischen Außenpolitik, in: Vogel, Bernhard (Hrsg.): China auf dem Weg zur Weltmacht, Die politische Meinung, Monatsschrift zu Fragen der Zeit, 7/2008. Osnabrück, Fromm Verlag. S. 19-26.

Taylor, Ian (2009): China's New Role in Africa. Boulder, Lynne Rienner Publishers Inc.

Tetzlaff, Rainer/Jakobeit, Cord (2005): Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

The Economist (2010): Rising Angola. Oil, glorious oil, 30.01.2010, S. 43.

11.2. Internetpublikationen

Ajakaiye, Olu (2006): China and Africa – Opportunities and Challenges. Addis Ababa, a presentation at the African Union Task Force on Strategic Partnership between Africa and the Emerging Countries of the South, African Economic Research Consortium, Addis Ababa, 11.-13. September 2006, http://www.aercafrica.org/documents/china_africa_relations/Opportunities_and_Challenges%20_Olu.pdf (Stand: 22.02.2010).

Arte (2007): Was will China in Afrika? Mit offenen Karten, Strasbourg, 22. Mai 2007, <http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/mit-offenen-karten/392,CmC=1579666.html> (Stand: 04.05.2011).

Asche, Herbert/Schüller, Marion (2008): China's Engagement in Africa – Opportunities and Risks for Development. Eschborn, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und Entwicklung, September 2008, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/english/content/ias/pdf/studie_chinas_engagement_in_afrika_en.pdf (Stand: 10.02.2011).

Barthélémy, Courmont (2006): *Chine-Afrique. Après le sommet historique de Pékin*. Paris, Institute des Relations Internationales et Stratégiques, Dezember 2006 <http://www.iris-france.org/Tribunes-2006-12-07a.php3> (Stand: 04.03.2011).

Basedau, Matthias (2009): Ressourcenreichtum, in: Klaeren, Jutta (Hrsg.): *Afrika Schwerpunktthemen*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nummer 303/2009 <http://www.bpb.de/publikationen/SK18IV,0,Editorial.html> (Stand: 02.04.2011). S. 21-25.

Berger, Bernt (2009): *China Defies Africa Policy Critics*. Zürich, International Relations and Security Network, November 2009, <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?lng=en&id=109598> (Stand: 15.12.2010).

Berger, Bernt/ Wissenbach, Uwe (2007): *EU-China-Africa Trilateral Development Cooperation. Common Challenges and new Directions*. Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2007, http://docs.china-europa-forum.net/eu-china-afica_trilateral__1.pdf (Stand: 08.03.2011).

Bertelsmann Stiftung (2004): Bertelsmann Transformationsindex, Ranking 2003, <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/11.0.html> (Stand: 23.03.2011).

Bertelsmann Stiftung (2004): Bertelsmann Transformationsindex, Länderbericht Angola 2003, <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/70.0.html> (Stand: 23.03.2011).

Besada, Hany/Wang, Yang/Whalley, John (2008): *China's Growing Economic Activity in Africa*. Cambridge, Working Paper of the National Bureau of Economic Research, <http://www.nber.org/papers/w14024> (Stand: 09.03.2011).

Bijiang, Zeng (2005): *China's „Peaceful Rise“ to Great Power Status*. Tampa, Foreign Affairs, September/Oktober 2005, <http://www.foreignaffairs.com/articles/61015/zheng-bijian/chinas-peaceful-rise-to-great-power-status> (Stand: 22.02.2011).

Broadman, Harry G. (2007): *Africa's Silk Road. China's and India's new Economic Frontier*. Washington, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, http://siteresources.worldbank.org/AFRICAEXT/Resources/Africa_Silk_Road.pdf (Stand: 11.03.2011).

Bösl, Anton (2008). *Die Parlamentswahlen in Angola 2008. Ein Land auf dem Weg in die Ein-Parteien-Demokratie*. Windhoek, 27. November 2008, http://www.kas.de/wf/doc/kas_15186-544-1-30.pdf (Stand: 23.03.2011).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): *Hintergrund – gute Regierungsführung als Rahmenbedingung für Entwicklung*, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/goodgovernance/guteregierung/index.html (Stand: 28.04.2011).

Bundeszentrale für politische Bildung (2010): *Wissen: Angola*. http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=UM6HXL (Stand: 23.03.2011).

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Politiklexikon. Klientelismus, http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=U1CWUK (Stand: 05.05.2011).

Botterweck, Gerhard (2006): Trotz Wiederwahl - eine erneute Lektion für Levy Mwanawawas. Sambias politische Machtstrukturen im Umbruch. Bonn, Friedrich-Ebert Stiftung, gesellschaftspolitisches Beraterprogramm Südafrika, 17. Oktober 2006, http://www.fes.de/in_afrika/documents/SB_Sambia_Wahlen_06.pdf (Stand: 07.04.2011).

Burgis, Tom/Wallis, William (2010): Continent drives a harder bargain, in: Financial Times Special Report, 14. Juni 2010, <http://media.ft.com/cms/de832bb2-7500-11df-aed7-00144feabdc0.pdf> (Stand: 21.02.2011). S. 1-3.

Dieter, Herbert (2008): Chinas Investitionen im Rohstoffsektor - Segen oder Fluch für Afrika? Berlin, Stiftung für Wissenschaft und Politik, Dezember 2008, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/DIskP2008_03_dtr_ks.pdf (Stand: 08.03.2011).

Deutsches Kupferinstitut (Hrsg.) (1997): Informationsdruck. Kuper-Vorkommen, Eigenschaften, Verarbeitung, Gewinnung. Düsseldorf, Deutsches Kupferinstitut, Februar 1997, http://www.kupfer-institut.de/front_frame/pdf/i004.pdf (Stand: 06.05.2011).

Heilmann, Sebastian (2005): Das politische System der Volksrepublik Chinas. Bonn, Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, 1. Oktober 2005, http://www.bpb.de/themen/002TQZ,0,Das_politische_System_Chinas.html (Stand: 07.04.2011).

Heilmann, Sebastian (2005): Kurze Geschichte der Volksrepublik China. Bonn, Informationen zur politischen Bildung, Volksrepublik China, 4. Quartal 2005, http://www.bpb.de/publikationen/2F3B38,0,0,Kurze_Geschichte_der_Volksrepublik_China.html (Stand: 06.05.2011).

Gänzle, Stefan (2009): Africa Command: „Pentagonisierung“ oder integrierter Ansatz der US-Afrikapolitik?. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 17. August 2009, <http://www.bpb.de/files/N1OPX6.pdf> (Stand: 22.02.2011).

Foster, Vivien/Butterfield, William/Chen, Chuan/Pushak, Natalie (2008): Building Bridges: China's Growing Role as Infrastructure Financier for Sub-Saharan Africa, Washington, The World Bank, http://siteresources.worldbank.org/INTAFRICA/Resources/Building_Bridges_Master_Version_wo-Embg_with_cover.pdf (Stand: 09.03.2011).

Friedrich, Stefan (2005): Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung. Volksrepublik China. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 4. Quartal 2005, <http://www.bpb.de/publikationen/H2X34X,2,0,Au%DFenpolitik.html> (Stand: 04.03.2011).

Hilpert, Hans-Günther (2010): Chinas globale wirtschaftliche Herausforderungen. Für eine kohärente Außenwirtschaftspolitik Europas. Berlin, Studie der Stiftung für Wissenschaft und Politik, Dezember 2010, [berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S29_hlp_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S29_hlp_ks.pdf) (Stand: 11.03.2011).

International Monetary Fund (2010): Angola: letter of intent, Memorandum of Economic and Financial Policies, and Technical Memorandum of Understanding, Washington, 27. August 2010,

<http://www.imf.org/external/np/loi/2010/ago/082710.pdf> Memorandum of Understanding (Stand: 18.05.2011).

International Monetary Fund (2011): Lending by the IMF, <http://www.imf.org/external/about/lending.htm#conditions> (Stand: 18.05.2011).

Jakobeit, Cord (2006): Fünf Jahre NEPAD. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nummer 32-33, <http://www.bpb.de/themen/CLE0EU.html> (Stand: 23.04.2011).

Jiabao, Wen (2007): Our Historical Tasks at the Primary Stage of Socialism and Several Issues Concerning China's Foreign Policy, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t300995.htm> (Stand: 03.03.2011).

Klaeren, Jutta (2009): Editorial. Afrika Schwerpunktthemen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nummer 303/2009, <http://www.bpb.de/publikationen/SK18IV,0,Editorial.html> (Stand: 02.04.2011). S. 3-4.

Leigh, Lamin/Xiao, Yuan/Klein, Nir (23. November 2009): IMF lends Angola \$ 1, 4 Billions to Support Reserves, Reforms, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/car112309b.htm> (Stand: 18.05.2011).

Mair, Stefan (2009): Südliches Afrika: Wirtschaftspotenziale und soziale Herausforderungen, in: Hesse, Christine (Hrsg.): Afrika – Länder und Regionen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nummer 302/2009, <http://www.bpb.de/files/H51ZJL.pdf> (Stand: 03.04.2011). S. 60-74.

Marfaing, Laurence (2010): Mali, die andere chinesische Migration. Hamburg, Giga Focus, 2010, http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=gf_afrika.html&folder=publikationen (Stand: 03.03.2011).

Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006): China's African Policy, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm> (Stand: 02.03.2011).

Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2000): China's Initiation of the Five Principles of peaceful Coexistence, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/ziliao/3602/3604/t18053.htm> (Stand: 04.03.2011).

Möller, Kay (2005): A Rising China and the World's Response. Berlin, Stiftung für Wissenschaft und Politik, August 2005, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/chn_arr_2_ks.pdf (Stand: 15.05.2011).

OECD (2007): African Economic Outlook. Angola. Paris, <http://www.oecd.org/dataoecd/26/16/38561655.pdf> (Stand: 19.05.2011). S. 105-120.

OSAA (2001): The New Partnership for Africa's Development, Oktober 2001, <http://www.un.org/africa/osaa/reports/nepadEngversion.pdf> (Stand: 22.04.2011).

Park, Joo Yung (2009): Chinese Migration in Africa. Johannesburg, South African Institute of International Affairs, Januar 2009, <http://dspace.cigilibrary.org/jspui/bitstream/123456789/29711/1/SAIIA%20Occasional%20Paper%20no%2024.pdf?1> (Stand: 03.04.2011).

Perret, Christophe (2006): Atlas on Regional Integration in Westafrika. Africa and China. Abuja/Paris, ECOWAS, SWAC/OECD economy series, September 2006, <http://www.oecd.org/dataoecd/42/26/38409391.pdf> (Stand: 09.03.2011).

Publish What You Pay (2011): Members, 21. März 2011, http://www.publishwhatyoupay.org/sites/pwypdev.gn.apc.org/files/Membership%20PDF_1.pdf (Stand: 08.05.2011).

Reisen, Helmut (2007): Wer hat Angst vor China in Afrika? Paris, OECD, Mai 2007, <http://www.oecd.org/dataoecd/1/8/38598021.pdf> (Stand: 16.03.2011).

Transparency International (2010): Corruptions Perceptions Index 2010, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results (23.03.2011).

Tull, Dennis M. (2008): China in Africa: European Perceptions and Responses to the Chinese Challenge. Washington, Working Papers in Africa Studies, Februar 2008, http://base.china-europa-forum.net/rsc/docs/china_in_africa____.pdf (Stand: 21.02.2010).

Tull, Dennis M. (2005): Die Afrikapolitik der Volksrepublik China. Berlin, Studie der Stiftung für Wissenschaft und Politik, August 2005, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S20_tll_ks.pdf (Stand: 06.12.2010).

Tull, Dennis M. (2007): Weltordnung-Afrika-Nigeria. Berlin, Diskussionspapier der Stiftung für Wissenschaft und Politik, Juni 2007, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Loccum_tll_webpage.ks.pdf (Stand: 08.03.2010).

UN-Comtrade (2009): China-Angola, <http://comtrade.un.org/db/ce/ceSnapshot.aspx?px=HS&cc=2709&r=156&p=24&rg=1&y=2009,2008,2007,2006,2005&so=8> (Stand: 10.03.2011).

UN-Comtrade (2010): Top importers Mineral fuels, oils, distillation products, <http://comtrade.un.org/db/ce/ceSnapshot.aspx?px=HS&cc=2709> (Stand: 01.05.2011).

UNDP (2010): Development Reports. Angola. Country profile of human development indices, <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/AGO.html> (Stand: 23.03.2011).

Von Lossow, Tobias (2009): Klimawandel, in: Hesse, Christine (Hrsg.): Afrika. Länder und Regionen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nummer 302/2009, <http://www.bpb.de/files/H51ZJL.pdf> (Stand: 03.04.2011). S. 23-25.

Wübbecke, Jost (2011): China und die Hegemonie der USA. Aus chinesischen Zeitschriften der Jahre 2009 und 2010. Berlin, Studie der Stiftung für Wissenschaft und Politik, Januar 2011, http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/zeitschriftenschau/2011zs01_wbb_ks.pdf (Stand: 03.03.2011).